Lippspringer Anzeiger

Lokal- und Heimatzeitung für Stadt und Amtsbezirk Lippspringe

Badezeitung

Tageszeitung für Jedermann Publikationsorgan vieler Behörden

Erscheint an allen Werktagen und kostet durch die Post oder durch unsere Boten monatlich 1.80 RM einschließlich Bestellgeld. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger, unsere Geschäftsstellen in Lippspringe und Paderborn sowie unsere Boten entgegen. Fernsprecher: Amt Paderborn 3213, Postscheck-Konto: Hannover Nummer 14342, Telegramm-Adresse: Anzeiger Paderborn

Anzeigenpreise: Die 30 Millimeter breite Millimeterraumzeile 10 Pfennig, für Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 8 Pfennig, amtliche Anzeigen 10 Pfennig, Sammelanzeigen 15 Pfennig. Im Reklameteil die 80 Millimeter breite Millimeterraumzeile 50 Pfennig. In Konkursfällen oder bei Zwangsbeitreibung erlischt jeder Preisnachlaß. Gerichtsstand: Paderborn

Gratisbeilagen: Illustrierte Wochenschau, Sonntagsglocken, Heimatbote, Sport vom Sonntag, Am stillen Herd, Frauenwelt, Landwirtschaft

Nr. 96 — 1. Blatt — Samstag, den 23. April 1932. — 27. Jahrgang

Frankreichs Völkerbundheer

Störenfried Frankreich.

Der symbolische Eisenbahnzug.

Macdonald und Tardieu sind mit dem gleichen Zuge aus Paris in Genf eingetroffen. Bei der Abreise aus Paris bestiegen Macdonald und Tardieu getrennte Wagen. Während Tardieu die Reise in einem Salonwagen am Anfang des Zuges zurücklegte, reiste Macdonald in einem ihm eigens zur Verfügung gestellten Wagen am Ende des gleichen Zuges. Die völlig unerwartete Abreise Tardieus nach Genf, der noch kurz vorher mitteilen ließ, daß er diese Woche nicht kommen könne,



Macdonals Abreise nach Paris.

Der englische Premierminister Macdonald auf dem Londoner Flugplatz Croyden, von wo er nach Paris flog.

wird in unterrichteten Kreisen auf eine telephonische Unterredung zwischen Tardieu und Paul-Boncour zurückgeführt, in der Paul-Boncour über den Vorstoß des englischen Außenministers Simon und den englischen Antrag auf Abschaffung der großen Angriffswaffen berichtete. Es bestätigt sich, daß der erste Versuch von englisch-amerikanischer Seite, auf der Abrüstungskonferenz zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, auf den schärfsten Widerstand der französischen Regierung stößt, deren wahre Haltung in der Abrüstungsfrage damit wieder einmal eindeutig zutage trün. Die französische Regierung ist entschlossen, den Versuch, auch auf Teilgebieten, zu einer Verminderung der gewaltigen Rüstungen Frankreichs auf dem Wege internationaler Regelung zu gelangen, mit allen Mitteln zu verhindern.

*

Waffen für den Völkerbund.

„Völkerbund" sprich: „Frankreich".

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die durch den neuen Vorschlag der englischen Regierung eingeleitete große Aussprache über die qualitative Abrüstung fortgesetzt. Die Vertreter von Kanada und Norwegen sprachen sich uneingeschränkt für die Vorschläge der englischen Regierung aus. Unter großer Aufmerksamkeit setzte sodann Paul-Boncour den Standpunkt der französischen Regierung zu dem englischen Vorschlag auseinander. Er lehnte, wie zu erwarten war, den englischen Vorschlag ab.

Mit großem Pathos erklärte er, es sei außerordentlich gefährlich, wenn die Abrüstungskonferenz jetzt dem Völkerbund die wichtigste Waffe entziehe, die er eines Tages im Interesse der internationalen Sicherheit dringend gebrauchen könne. Wenn die schweren Angriffswaffen abgeschafft würden, so sei damit eine einzigartige Gelegenheit vorübergelassen worden, dem Völkerbund die notwendigen Machtmittel zu geben.

Während der Übersetzung der Rede Paul-Boncours erschienen Reichskanzler Brüning und kurz darauf der englische Ministerpräsident Macdonald im Sitzungssaal. Der Präsident der Konferenz unterbrach für einen kurzen Augenblick die Verhandlung. Macdonald, von allen Seiten auf das herzlichste begrüßt, nahm am Sitz der englischen Abordnung dicht neben der deutschen Abordnung Platz und begrüßte den Reichskanzler.

Als nächster Redner sprach der amerikanische Botschafter Gibson und erklärte, daß er den Antrag des englischen Außenministers auf Abschaffung der schweren Angriffswaffe im Namen seiner Regierung wärmstens unterstütze. Sinn und Ziel des englischen Antrages stimme voll mit dem amerikanischen Vorschlag überein, durch Abschaffung der Angriffswaffen die Verteidigungsmöglichkeiten zu erhöhen und damit die allgemeine Sicherheit zu stärken. Diese Vorschläge bedeuten in keiner Weise, daß nicht auch andere Mittel zur Erreichung des Hauptzieles der Konferenz gefunden würden.

Frankreich steht allein!

Von 13 Rednern in der Aussprache erklärten sich alle bis auf Paul-Boncour uneingeschränkt für den englischen Antrag, darunter die englischen Dominions, Australien, Kanada, Neuseeland, Irland und Südafrika. Warme Unterstützung fand der englische Vorschlag durch die Außenminister von Holland und von Schweden. Nur der japanische Botschafter Sato nahm mit gewisser Vorsicht den englischen Vorschlag an. Mit herzlichen Worten setzte sich auch der Vertreter der indischen Regierung für den Vorschlag ein. Auch der Vertreter Chinas nahm den englischen Vorschlag in vollem Umfange an.

Die Aussprache hat in allen Konferenzkreisen den Eindruck verstärkt, daß die Stimmung in verstärktem Maße zugunsten des englisch-amerikanisch-italienischen Vorschlags wächst und daß die französische Regierung damit in eine außerordentlich schwierige Lage geraten ist, da die Isolierung Frankreichs und der mit Frankreich verbundenen Staaten deutlich zutage tritt.

Der rumänische Gesandte Titulescu brachte zum Schluß der Verhandlungen als Beauftragter von vierzehn Staaten einen Gegenvorschlag gegen den englischen Antrag ein, der eine Hinauszögerung der Entscheidung über den Grundsatz der qualitativen Abrüstung bezweckt und auf diese Weise den gesamten englischen Antrag zu Fall zu bringen versucht.

Neuer Abrüstungsvorschlag Amerikas.

Bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteter Plan.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der amerikanische Staatssekretär Stimson in seiner Unterredung mit Macdonald und Tardieu am Donnerstagvormittag einen neuen amerikanischen Abrüstungsvorschlag vorgelegt, der einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan der qualitativen und quantitativen Abrüstung unter Berücksichtigung des Sicherheitsproblems darstellt. Dieser amerikanische Vorschlag, der auf den Bestimmungen des Kellog-Paktes aufgebaut sein soll, wird zunächst noch von allen Seiten streng vertraulich behandelt.

Deutschland und die Memelfrage.

Deutsche Denkschrift an die Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention.

Die deutsche Regierung hat den vier Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention eine ausführlichere Denkschrift überreicht, in der auf die neuen Vorkommnisse im Memelgebiet, insbesondere auf die unrechtmäßige Zusammensetzung der Wahlausschüsse, die Beschränkung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit und auf die neuen Einbürgerungen hingewiesen wird.

Der Überreichung der Note sind zahlreiche vertrauliche Besprechungen des Leiters der Ostabteilung, Ministerialdirektor Meyer, mit den in Genf anwesenden Vertretern der vier Mächte vorausgegangen. Eine Stellungnahme der vier Unterzeichnerstaaten zur deutschen Note liegt noch nicht vor.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* **In Genf erfuhr der französische Antrag auf Beibehaltung der schweren Angriffswaffen von den meisten Delegierten eine scharfe Abweisung.**

* **Reichsinnenminister Dr. Groener wird am Wochenende in Süddeutschland eine Zusammenkunft mit Dr. Brüning haben, in der über das Weiterbestehen des Reichsbanners Beschluß gefaßt werden soll.**

* **Zum Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände wurde der Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke A.-G., Dr.-Ing. e. h. Karl Köttgen gewählt.**

* **Der Wiener Erzbischof, Kardinal Piffl, ist gestorben.**

„Halunken, wollt ihr ewig leben!"

Haushaltsreden pflegen in keinem Parlament der Welt kurzweilig zu sein oder kurzweilig zu wirken. Und erst wenn die Debatte beginnt, „ist man des trocknen Tons nun satt" und man wird dann etwas weniger sachlich als — politisch. Überdies ist der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain auch nicht gerade ein amüsant wirkender Redner, sowenig wie sein berühmterer Bruder Austen: beiden fehlt das Temperament ihres Vaters Joe, der vor dreißig Jahren ungefähr das ganze englische „Empire" auf den Kopf stellte, übrigens auch der „Vater" des jetzt zu höchster Blüte gediehenen englischen Hochschutzzollgedankens gewesen ist. Was Neville Chamberlain über die „Erfolge" mitteilte, die mit diesem Kinde erzielt worden sind, ist wirklich nicht gerade erhebend. Man hat geglaubt, durch schärfstes Anziehen der Steuerschraube und durch die gewaltigen Zollerhöhungen finanziell den englischen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Das ist aber in einer Weise „gelungen", daß man schnell noch den Teezoll eingeführt hat, außerdem noch eine weitere Zollerhöhung, um das sich auftuende Loch des Fehlbetrages zu stopfen. Aber — was ist denn heute schon ein Haushaltsentwurf! Wir in Deutschland, wo im letzten Jahre der Haushalt zweimal abgeändert wurde, können da ausgiebig mitreden! Und dem englischen Schatzkanzler ist so wenig wohl in seiner Budgethaut, daß er von vornherein mit dem Rückgang der wichtigsten Staatseinnahme, nämlich der Einkommensteuer, rechnet. Das ist durchaus zu verstehen; denn man hat den Engländern die Bezahlung eines „Extrafünftels" dieser Steuer aufgebrummt mit dem Erfolg, daß zwar der Staat diese Mehreinnahme erzielte, die Steuerzahler sich das Geld dafür aber von den Banken pumpten und diesen entsprechend hoch verschuldet sind.

Sir Neville Chamberlain schüttelte ernst-mißbilligend den Kopf. Seine Engländer trinken immer weniger Bier, teils weil die Steuer viel zu hoch, teils weil die allgemeine Wirtschaftslage viel zu schlecht ist. Durch Steuerflucht zur Abstinenz in diesem Lande des berühmten Ritters des Pokals Sir John Falstaff und des Porter! Noch mißbilligender wird das Kopfschütteln beim Blick auf die Ergebnisse der in England gleichfalls sehr hohen Erbschaftssteuer. Sie sind sehr mager. Und warum? Weil die Millionäre Steuerflucht treiben. Sie — sterben nämlich nicht. Es sterben viel zu wenige: daher sind 360 Millionen Mark Erbschaftssteuer weniger eingekommen, als man vor Jahresfrist kalkuliert hatte. Diese „Enttäuschung" preßt aus dem trockenen Neville Chamberlain den bestimmt ersten Witz seines politisch-parlamentarischen Lebens heraus. Er ruft diesen zählebigen Millionären die Worte eines englischen Generals zu, mit denen dieser beim Sturm auf Gibraltar seine vor dem Kugelregen stutzenden Grenadiere anschrie: „Ihr Halunken, wollt ihr denn ewig leben!" Übrigens hat jener General damit sicherlich nur einen ähnlichen Ausruf König Friedrichs des Großen kopiert! Also: Nichtsterben ist Steuerflucht.

Aber Sir Neville Chamberlain ist zu saftigen Witzen

Um das Reichsbannerverbot

Groener trifft sich mit Brüning.

Besprechung über das Reichsbanner.

Die Entscheidung darüber, ob das Reichsbanner verboten werden soll oder nicht, wird erst Anfang nächster Woche fallen. Diese Verzögerung sei, wie aus dem Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, dadurch entstanden, daß aus dem Bureau des Reichspräsidenten noch neues Material im Reichsinnenministerium eingegangen sei. Der Reichsinnenminister habe dem Reichsbannerführer Höltermann sofort von diesem Material Kenntnis gegeben. Da die Angelegenheit ohne Zustimmung des Reichskanzlers nicht erledigt werden könne, so werde Minister Groener am Sonnabend nach Süddeutschland reisen, um sich dort mit dem Reichskanzler zu treffen, der zur Ausübung seiner Wahlpflicht von Genf nach Süddeutschland kommen wird.

Höltermann hat an den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst mitteilt, daß ein Rundschreiben an sämtliche Gauvorstände des Reichsbanners herausgegangen sei, in dem die Auflösung der Schutzformationen des Reichsbanners angeordnet werde. Dem Schreiben liegt eine eidesstattliche Versicherung bei, aus der sich ergibt, daß die Führerschaft des Reichsbanners mit den Maßnahmen der Bundesleitung einverstanden war und ist, ferner daß die Führerschaft bereit sei, das gesamte Aktenmaterial den Behörden zur Kenntnisnahme zu geben, auch keine Tarnabsichten beständen. In dem Schreiben an Minister Groener geht Höltermann weiter ausführlich auf das ihm von Minister Groener zuletzt übermittelte Material ein.

*

Fünf ehemalige SA.-Führer festgenommen.

Wie die Pressestelle der Ortsgruppe Nürnberg der NSDAP. mitteilt, wurden am Dienstag fünf ehemalige SA.-Führer in Mittelfranken festgenommen. Zu dieser Verhaftung erklärt die Polizei, daß gegen die Festgenommenen wegen unrechtmäßigen Waffenbesitzes vorgegangen sei. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen. Einzelheiten könnten daher noch nicht mitgeteilt werden.

Verlängerung des 125-Millionen-Kredits.

Die amtliche Mitteilung.

Ueber die Verlängerung des 125-Millionen-Kredits für das Deutsche Reich wird folgendes amtlich mitgeteilt:

„Der im Laufe dieses Jahres zur Rückzahlung fällig werdende Kredit von 125 Millionen Dollar, der dem Reiche im Oktober 1930 von einem unter Führung der Reichsbank und der Firma Lee, Higginson and Co. stehenden Konsortiums verschiedener Länder bewilligt worden ist, ist durch ein gestern unterzeichnetes Abkommen für einen Betrag von rund 9 Zehntel der geschuldeten Summe verlängert worden. Er wird für die Zeit der Verlängerung mit sechs v. H. verzinst und ist in Teilzahlungen abzudecken.

In diesem Haushaltsjahr wird ein Betrag von etwa 22 Millionen Dollar fällig, von dem ein Teil von etwa 12 Millionen Dollar in fremde Währung zu übertragen ist. Bezüglich des Restbetrages sowie der in der Zeit vom April bis einschließlich Oktober 1933 fällig werdenden weiteren Beträge findet eine Uebertragung nur statt, soweit nach Auffassung der Reichsbank die Devisenlage es zuläßt.

Der Fälligkeitstag des gesamten Kredits ist auf den 10. November 1933 hinausgeschoben."

---

gar nicht aufgelegt. Das bisher erfolgte und schnell noch steigernde Einschrumpfen der Zolleinnahmen läßt sich durch weitere Erhöhungen der Zölle doch nur ganz vorübergehend wettmachen, da sie die Einfuhr immer mehr einschränken. Und mit der Ausfuhr geht es gerade so, weil die Absatzländer schon längst und immer energischer mit gleichen Maßnahmen antworteten und antworten. Auch die Pfundentwertung „half" hier nur sehr vorübergehend, weil ja zahlreiche Staaten der Welt gleichfalls den Goldstandard aufgaben. Gebessert haben sich nur die Verhältnisse in der Textilindustrie, aber auch hier so wenig, daß es heute in England mit der Arbeitslosigkeit nach kurzer Besserung wieder genau so aussieht wie vor dem 21. September 1931, dem Tage der Pfundentwertung, und vor dem Übergang zum Hochschutzzoll. Man hat von beiden eine wesentliche Stärkung des englischen Binnenmarktes und eine Ausfuhrsteigerung erwartet, und weder diese noch jene ist eingetreten.

Eingetreten ist aber eine schwere Enttäuschung des englischen Volkes, als es die Haushaltsrede Chamberlains am „budget day", am „Budget-Tage" hörte. Es erfolgte keinerlei Steuerherabsetzung. Dafür werden aber schon in den nächsten Tagen neue Zollerhöhungen durchgeführt, die das Binnenpreisniveau auch nicht gerade senken werden.

Das alles hat sich der alte Joe Chamberlain gewiß nicht träumen lassen, als er für sein Vaterland die südafrikanischen Goldgebiete eroberte. Gold allein macht eben selbst dann nicht immer glücklich, wenn man sehr viel davon hat!

Amerikanisch-sowjetrussische Verhandlungen.

Ueber die Lage im Fernen Osten.

Zwischen Stimson und dem sowjetrussischen Außenkommissar Litwinow sollen durch Vermittlung eines Vertrauensmannes streng geheimgehaltene Verhandlungen über die Haltung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands in den fernöstlichen Fragen stattgefunden haben. Von amerikanischer Seite soll lebhaftes Interesse für eine übereinstimmende Haltung der beiden Mächte zum japanisch-chinesischen Konflikt vorhanden sein. In den Verhandlungen soll auch die Frage der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Amerika und Rußland berührt worden sein.

Ausnahmezustand.

An der russisch-mandschurischen Grenze.

Die japanische Presse meldet, daß das Oberkommando der Roten Armee im Fernen Osten am Mittwoch den Ausnahmezustand an der russisch-mandschurischen Grenze verhängt habe. Besonders soll die Grenze bei Pogranitschna bewacht werden, wo nach russischer Auffassung ein Einfall von Weißgardisten droht.

Das japanische Oberkommando hat angeordnet, daß die japanischen Staatsangehörigen Pogranitschna sofort verlassen und nach Japan reisen.

Schwierige Kreuger-Sanierung.

Hohe Gewinne nur auf dem Papier.

Nach einem Pariser Telegramm des „Aftonbladet" ist der Auftrag von Bankdirektor Rydbeck, bei französischen Banken Kapital für die produktiven Tochtergesellschaften des Kreuger-Konzerns zu schaffen, gescheitert. 34 große Tochtergesellschaften sind durch die Kreuger-Katastrophe betroffen.

Die Kreugerschen Gewinne an den deutschen Grundstücken, die er in der Inflationszeit erwarb, werden mit 40 bis 50 Millionen Schwedenkronen angegeben. Die jährliche Verkaufssumme im Zündholzgeschäft belief sich auf 250 bis 300 Millionen Schwedenkronen. Die von Ivar Kreuger ausgewiesenen hohen Gewinnziffern des Zündholztrustes scheinen zum großen Teil nur auf dem Papier zu stehen.

Heimatlicher Teil

Merkblatt für den 23. April.

Sonnenaufgang	4^{49}	Mondaufgang	23^{16}
Sonnenuntergang	19^{00}	Monduntergang	5^{33}

1616: William Shakespeare gest.

Wachsende Arbeitslosigkeit. — Steigende Finanznot in den westlichen Landgemeinden.

Die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsausgaben steigt von Monat zu Monat. Besonders stark wirkt sich die Arbeitslosigkeit in den westlichen Landgemeinden aus, in denen die Blutleere der Wirtschaft am schärfsten in die Erscheinung tritt. Nach den Feststellungen des Preußischen Landgemeindetages West hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Monat März eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. Die Zunahme gegenüber dem Vormonat beläuft sich in allen Gemeinden auf 6,6 v. H., in den Landgemeineden sogar auf 9,6 vom Hundert, gegenüber 5,6 vom Hundert, in den großen Städten. Die Landgemeinden in der Provinz Westfalen haben eine Steigerung aufzuweisen von 7,3 v. H., und zwar in den Regierungsbezirken: Arnsberg 8,7 v. H., Minden 5,9 v. H. und Münster 6,1 v. H. Im Laufe des Rechnungsjahres ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen gestiegen: in der Rheinprovinz von 21 387 auf 49 164, also um 129,9 v. H. und in der Provinz Westfalen von 13 439 auf 40 429, also um 200,8 v. H.

Unter diesen Umständen ist in zahlreichen westlichen Landgemeinden eine ordnungsmäßige Aufstellung der Haushaltspläne unmöglich. Aus zahlreichen Berichten, die täglich der Oeffentlichkeit zugängig gemacht werden, läßt sich das Ausmaß der Finanznot klar erkennen. Viele Gemeinden sind seit Monaten nicht mehr in der Lage, den dringendsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Folgen für die Privatwirtschaft sind nicht abzusehen. Selbst die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen ist vielfach ins Stocken geraten. Reichs- und Staatshilfe reichen bei weitem nicht aus. Für die Reichsregierung gibt es jetzt kein Ausweichen mehr. Der äußerste Zeitpunkt, zu dem die immer dringlicher werdende Forderung auch des Preußischen Landgemeindetages West auf eine Neuregelung in der Aufbringung der Wohlfahrtslasten endlich in Erfüllung gehen muß, wenn nicht das Schlimmste eintreten soll, ist nunmehr gekommen.

*

Arbeitsmarktbericht Westfalen-Lippe.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet für die Zeit vom 1. bis 15. April: In der ersten Hälfte des Monats April ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Landesarbeitsamtsbezirk Westfalen um 11 894 oder 4,3 Proz. zurück. Sie beläuft sich nach dem Stande vom 15. April 1932 auf 255 965. Davon entfallen 107 166 auf die Arbeitslosenversicherung (Abgang 10 730) und 148 799 auf die Krisenfürsorge (Abgang 1164). Dieser wirksamen Entlastung der Unterstützungseinrichtungen folgt die arbeitsmarktliche Entlastung nur zögernd. Nachdem Ende März die Zahl der Arbeitsuchenden zum ersten Mal in diesem Jahr einen Rückgang erfahren hatte, und damit der Höhepunkt der diesjährigen winterlichen Arbeitslosigkeit endgültig überschritten zu sein schien, ist sie in den beiden ersten Aprilwochen von neuem leicht gestiegen (rund 900). Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden beträgt 530 701. Die Tatsache, daß zu einem Zeitpunkt, in dem sich in früheren Jahren die arbeitsmarktliche Entlastung bereits voll durchsetzen konnte, die Arbeitslosigkeit noch leicht gestiegen ist, läßt erkennen, daß in diesem Jahr ungleich größere Schwierigkeiten vorhanden sind. Die konjunkturabhängigen Berufe: Bergbau, Hütten- und Metallindustrie zeigen eine langsame aber ununterbrochene Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. Die Konsumgüterindustrien zeigen einen schwankenden Beschäftigungsgrad. Bei der Möbel- und Tabakindustrie machen sich geringe Ansätze einer Belebung bemerkbar. Die münsterländische Textilindustrie weist indessen eine eindeutige Verschlechterung auf; das Bekleidungsgewerbe war in den handwerklichen Betrieben besser beschäftigt, die Konfektions- und Wäscheindustrie mußte ebenfalls größere Entlassungen vornehmen. Im Bau- und Baustoffgewerbe ging die Zahl der Arbeitsuchenden um rund 4400 auf 84 200 zurück, dagegen erfuhren die landwirtschaftlichen Berufe noch eine weitere Zunahme an Arbeitsuchenden. Zum Quartalswechsel wurden technische, kaufmännische und Büroangestellte in ungewöhnlich hoher Zahl entlassen. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg um 2400 auf rund 34 100. Eine erhebliche arbeitsmarktliche Belastung bedeuteten ferner umfangreiche Entlassungen von Reichsbahnzeitarbeitern.

*

— **Der Doppelbrief für 25 Pfg. ist zu teuer**, schreibt die Zeitschrift „Der Einzelhandel". Der einfache Fernbrief kostet 12 Pfg. Porto, der Fernbrief mit Uebergewicht 25 Pfg. Warum er nicht 24 Pfg. kostet, wissen die Postbeamten wohl selber nicht. Großenteils werden die Uebergewichtsbriefe mit 24 Pfg. freigemacht, weil niemand vermutet, daß dieser Brief mehr als 24 Pfg. kosten kann. Die Post erhebt dann eine Nachgebühr von 2 Pfg. Die Unkosten der Beförderung eines Briefes mit Uebergewicht sind größtenteils die gleichen wie diejenigen eines Briefes ohne Uebergewicht. Sortierungen und Zustellung kosten meistens nicht mehr als beim einfachen Brief.

*

Bad Lippspringe und Bezirksausschuß.

Wetzlar genießt einen traurigen Ruhm. Nicht, weil in früheren Jahrhunderten vieles auf die „lange Bank geschoben" wurde, sondern weil es heute die am meisten verschuldete Stadt — im Verhältnis auf seine Einwohnerzahl gerechnet — ist. An zweiter Stelle folgt Lippspringe, das in diesem Jahre überhaupt keinen Etat aufstellen konnte und dem 3 Millionen RM fehlen. Bei 7600 Einwohnern will das allerlei besagen. Die Lage dieser unglücklichen Stadt, in der ich nun seit 16 Monaten sitze, ist katastrophal, die der Bürger aber auch, erklärte der kommissarische Bürgermeister Koberg gestern vor dem Bezirksausschuß in Minden. „Wer Schulden macht, soll sie bezahlen", sagt mir der neue Direktor der Landesbank und ich soll dafür gerade stehen. Ich trage auf zwei Schultern. Die Regierung, die danach sieht, daß ich Gelder aufbringe und die armen Bürger, auf deren Seite ich stehe, deren Klagen berechtigt sind und denen ich immer neue Lasten aufbürden muß. Es ist mir nicht möglich, aus Billigkeitsgründen einen Teil der Abgaben zu erlassen, ich kann mir das nicht leisten und brauche die veranlagten Gelder, obwohl gerade die Kanalgebühren viel Staub aufgewirbelt haben. 90 Pfennig kostet ein Kubikmeter Wasser, daß er aber tatsächlich mit 4 bis 5 RM bezahlt wird, wurde dem Kläger C. J. Schm(idt) nicht widerlegt. 15 Prozent des Gebäudenutzungswertes sind für Kanalgebühren zu entrichten. Der Nutzungswert, vor etwa 20 Jahren errechnet, ist für die heutige Zeit viel zu hoch, außerdem fehlen die Kurgäste, sodaß die tatsächliche Wasserentnahme ganz geringfügig ist und mit Phantasiepreisen bezahlt werden muß. Verständlich ist es deshalb immerhin, wenn Einwohner Eingaben an den Innenminister machen, Strafanzeige gegen Beamte und ehemalige Beamte, die an der Verschuldung mehr oder weniger beteiligt sind, erlassen, Gutachten des Preiskommissars Görderler beantragen. Aendern aber kann dies alles nichts,

---

Hat das Zentrum in der Schulpolitik versagt?

Eine Erklärung von Generalsekretär Böhler. (Leiter der Zentralstelle der Kath. Schulorganisation Deutschlands in Düsseldorf.)

Gerade von solchen Katholiken, die nicht der Zentrumspartei angehören oder sich zu ihr in schärfsten Gegensatz stellen, wird immer wieder der Zentrumspartei der Vorwurf gemacht, daß sie die Religion für politische Zwecke mißbrauche. Demgegenüber kann nicht klar genug herausgestellt werden, daß Religion und Politik, Gewissen und Politik voneinander untrennbar sind, daß besonders die Lebensinteressen von Religion und Kirche in der Gegenwartspolitik eine außerordentlich große Rolle spielen. Nun muß man die paradoxe Tatsache feststellen, daß jene Kreise, die der Zentrumspartei Verquickung von Religion und Politik unterstellen, heute unter Hinweis auf des religiöse Gewissen die Katholiken zu beeinflussen suchen, nicht mehr der Zentrumspartei ihre Stimme zu geben.

Die Kath. Schulorganisation Deutschlands hält sich aus den Fragen der reinen Parteipolitik heraus. Sie ist aber wohl verpflichtet — und das gerade in entscheidenden Stunden —, zu prüfen welche Parteien die katholischen Grundsätze in der Schul- und Erziehungspolitik gewahrt haben. Wenn im Wahlkampf von rechtsstehenden Katholiken, die wohl meist zur Deutschnationalen Volkspartei gehören, schärfste Vorwürfe erhoben werden daß die Zentrumspartei die katholischen Interessen in schul- und kirchenpolitischen Fragen verletzt habe, und die Meinung vertreten wird, daß deshalb ein Katholik nicht Zentrum wählen könne, dann halte ich mich für verpflichtet, der katholischen Oeffentlichkeit gegenüber folgende Feststellungen zu machen:

Die Zentrumspartei und die Zentrumsfraktionen im Reich wie in den Ländern haben sich jederzeit wie keine andere Partei der katholischen Schulinteressen angenommen. Sie haben in grundsätzlichen Fragen, wie in außerordentlich vielen Einzelfällen mitgeholfen, daß die katholischen Forderungen erfüllt wurden.

Wenn wir bis heute noch kein **Reichsschulgesetz** haben, dann deshalb, weil das Zentrum nicht zugeben konnte, daß in einem so wichtigen Gesetz katholische Wesensforderungen nicht verwirklicht werden sollten. In dieser Frage hat die Zentrumspartei sich restlos der katholischen Interessen angenommen. Allerdings hat sie im Kampf um ein Reichsschulgesetz, genau wie die Kath. Schulorganisation Deutschlands, auf Anträge verzichtet, die lediglich propagandistischen Zielen dienten. Für das Nichtzustandekommen eines auch der Bekenntnisschule zu ihrem Recht verhelfenden Reichsschulgesetzes sind Liberalismus und Sozialismus in gleicher Weise verantwortlich zu machen.

In **Preußen** hat allein das Zentrum dafür gesorgt, daß die Katholiken in der **Personalpolitik** auf dem Gebiet des Bildungswesens endlich bessere Berücksichtigung gefunden haben. Gerade das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber berechtigten Forderungen der Katholiken auf dem Gebiet der Personalpolitik beweist, wie wenig Verständnis man heute noch in weiten Kreisen dieser Partei für die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit und für eine gerechte Behandlung des katholischen Volksteils in der Gegenwart hat.

Den Interessen der katholischen **Volksschule** hat sich die Zentrumspartei stets mit besonderem Nachdruck angenommen. An dieser Stelle können selbstverständlich nicht all die vielen Einzelheiten aufgezählt werden. Gewiß hat auch die Fraktion nicht alles erreicht, was sie erstrebte, aber ohne Zweifel verhindert, daß eine Politik maßgeblich wurde, in der die katholische Schule (ebenso wie die evangelische Schule) empfindlich benachteiligt worden wäre. Im Kampf um die im Rahmen des Schulaufbaues besonders hart gefährdeten **Diaspora-Volksschulen** wie in der Wahrnehmung der Lebensinteressen unserer katholischen **Junglehrergeneration** hat das Zentrum allein unsere Forderungen nachdrücklichst vertreten. Die Sicherung des konfessionellen Charakters der neuen **Lehrerbildung** wäre niemals ohne das Zentrum möglich gewesen. Hier stand es in starkem Gegensatz auch zur Deutschen Volkspartei. Und es muß festgestellt werden, daß die von den Katholiken geforderte katholische **Frauenakademie** nicht zuletzt durch die Schuld der Deutschnationalen Volkspartei vereitelt wurde.

Für die **Berufsschule** hat das Zentrum immer wieder den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach verlangt mit dem Erfolge, daß der zuständige Ausschuß des Landtages endlich einen diesbezüglichen Beschluß faßte. Hier soll durchaus zugegeben werden, daß auch die Deutschnationale Volkspartei von Anfang an dieses Bestreben unterstützt hat, während andere bürgerliche Parteien große Hemmungen zu überwinden hatten. Ebenso hat die Zentrumspartei **im höheren Schulwesen tatkräftig** die katholischen Belange vertreten. Ihrem Einfluß ist es zu verdanken, wenn die in der preußischen Schulreform erstrebte weltanschauliche Gestaltung des höheren Schulwesens, die in der Tendenz einer liberalistischen Kultur- und Schulpolitik gelegen gewesen wäre, nicht zur Auswirkung kam.

Die katholische **Privatschule** hat jederzeit von den Zentrumsfraktionen stärkste Unterstützung gefunden, Verständnis für ihre Notlage, Verständnis für ihre grundsätzlichen Forderungen. Im Kampf gegen das **Staatsschulmonopol** und um eine echte **Unterrichtsfreiheit** steht das Zentrum fast allein.

Daß für unsere katholischen Kulturinteressen **liberale und sozialistische Parteien** aller Schattierungen kein Verständnis gehabt haben, braucht nicht zu verwundern. Daß besonders auch die **Nationalsozialisten** unsere katholischen Schulforderungen nicht unterstützen, wird jedem verständlich sein, der das Wesen des Nationalsozialismus erfaßt. Räumt er doch dem Staate das erste Recht auf die Erziehung ein und das ausschließliche Recht auf die Schule. Leider scheinen viele Katholiken nicht imstande zu sein, zu unterscheiden und einzusehen, wessen Schrittbereiter sie in Wirklichkeit sind, wenn sie dieser Nationalsozialistischen Partei ihre Stimme geben.

Mit großem Bedauern aber muß festgestellt werden, daß bei gerechten Forderungen der Katholiken auch die **Deutschnationale Volkspartei** immer wieder versagt hat. Erinnert sei nur an ihr Verhalten bei der Verabschiedung des preußischen Konkordates, bei ihrer merkwürdigen Anfrage im Landtag wegen der katholischen privaten Volksschule in Neustadt an der Dosse. Auch bei den Kämpfen um die Einführung des katholischen Religionsunterrichtes an den städtischen höheren Schulen in Stettin wurden die Katholiken von den Deutschnationalen völlig im Stich gelassen.

Die deutschnationalen Katholiken haben sich eben innerhalb ihrer Partei in Kultur- und Schulfragen nicht durchzusetzen vermocht.

*

Nichts charakterisiert so sehr den Wandel der kulturpolitischen Lage als der gleichzeitige Zweifrontenkampf, der dem deutschen Katholizismus aufgezwungen ist. Er muß kämpfen gegen die zerstörenden und zersetzenden Weltanschauungstendenzen des Sozialismus und des Kommunismus, die die christlichen Grundlagen unseres Volkswesens, wie überhaupt unserer abendländischen christlichen Kultur immanent bedrohen; er muß kämpfen gegen einen überspannten, den Boden des Christentums verlassenden Nationalismus mit seiner Vergötterung des Rassen- und Staatsbegriffes, seinen antikirchlichen und antikonfessionellen Affekten und Kampfzielen. Dieser Nationalismus hat mit den besten und echtesten Traditionen deutschen Wesens und deutscher Art, zu denen wir uns als Katholiken freudig bekennen, und mit wahrem nationalen Fühlen und Denken, wie wir Katholiken es gerade in den letzten Jahrzehnten durch Opfer zu beweisen in der Lage waren, nichts zu tun.

Kann ein Katholik Zentrum wählen? Vom Standpunkt des katholischen Schulpolitikers aus bleibt mir keine andere Antwort, als: Das Zentrum ist nach wie vor Hort christlicher Schulpolitik, Stütze der katholischen Schule und Erziehung. Notwendiger als je, ist heute ein starkes Zentrum, das in einer Zeit tiefster Umwandlung und Erschütterung der Geister die Fundamente christlicher Volksordnung und die Lebensrechte sowie den Lebensraum unserer Kirche im Volke sichert und stützt.

Der Weltgläubiger schreibt Rechnungen aus.

Amerika schickt an 14 Schuldnerländer Schuldscheine.

In Zusammenhang mit der neuen großen Aussprache über die Schuldenfrage in Washington wird bekannt, daß das amerikanische Staatsdepartement an vierzehn Schuldnerländer Schuldscheine im Gesamtbetrag von 246 Millionen Dollar, die durch das Hoover-Jahr gestundet worden waren, zur Unterschrift übersandte. Obgleich diese Angelegenheit als Formalität hingestellt wird, ist es doch charakteristisch, daß diese Tatsache gerade in diesem Augenblick veröffentlicht wird, in dem eine neue Opposition gegen die Schuldenstreichung wach wird. Der gestundete Jahresbetrag soll innerhalb von zehn Jahren, beginnend mit Juli 1933, bei einem Zinsfuß von 4 Prozent zurückgezahlt werden. Diesbezügliche Noten gingen an Belgien, Tschechoslowakei, Estland, Finnland, Frankreich, England, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Südslawien und Deutschland.

*

Das Außenamt bestätigt, daß die amerikanische Regierung wegen der Rückzahlung der auf Grund des Hoover-Moratoriums gestundeten Jahreszahlungen an England herangetreten ist.

Die Jahresleistung beläuft sich auf rund 33 Millionen Pfund Goldsterling. Die Note ist bereits in den ersten Tagen des März übersandt worden. Amerika verlangt eine

Rückzahlung der gestundeten Jahreszahlungen in zehn Raten bei einem Zinssatz von 4 Prozent.

Der amerikanische Schritt erfolgte auf Grund der Beschlüsse des Amerikanischen Senats. Überrascht hat es in englischen Kreisen, daß Amerika auf 4 Prozent Zinsen besteht, während bei den Abmachungen vom letzten August noch mit der Möglichkeit von 3 Prozent Zinsen gerechnet wurde. Eine englische Antwort ist bisher noch nicht abgegangen.

---

die Gebührenordnung ist genehmigt worden, Lippspringe kann und darf und ... muß nach dieser Ordnung die Abgaben einfordern, denn wer Schulden hat, soll sie auch bezahlen. Tänzel.

*

!! **Westenholz.** Schadenfeuer. Donnerstagmorgen zwischen 1—2 Uhr, brach auf dem Gehöft des Landwirts Ferdinand Schröder in Westenholz Nr. 41 Feuer aus, wodurch das Wohnhaus mit dem angebauten Stallgebäude ein Raub der Flammen wurden. Das Feuer, welches an den Heu- und Strohvorräten reichliche Nahrung fand, verbreitete sich derart schnell aus, daß trotz Hilfeleistung der Nachbarn nur ein geringer Teil des Mobilars, der landwirtschaftlichen Geräte und Produkte, gerettet werden konnte; die benachrichtigte Westenholzer Feuerwehr konnte kaum noch in Tätigkeit treten. Verbrannt sind u. a. auch 1 Schwein, 1 Kalb sowie eine Anzahl Federvieh. Gebäude und Inventar sind versichert. Brandursache unbekannt.

— **Stukenbrock.** Auf eine 25jährige, erfolgreiche Tätigkeit als Schätzer für die Westfälische Provinzial-Feuersozietät in Münster i. W. konnte Joseph Krümmel zurückblicken. Die Feuersozietät sprach dem Genannten für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung aus und überreichte ihm eine Ehrenurkunde.

Paderborner Stadtchronik

vom 22. April 1932.

Für Sauberkeit im Wahlkampf.

Die Polizei teilt mit:

Der bei der ersten Reichspräsidentenwahl vorgekommene Unfug, der darin bestand, daß polizeilich zugelassene Wahlplakate, die an genehmigten Stellen (Plakatsäulen usw.) angeklebt waren, von politischen Gegnern alsdann bald wieder entfernt, oder überklebt wurden, hat sich bei der letzten Wahl nicht wiederholt. Auch hatte man davon abgelassen, Häuser und Schaufenster mit Plakaten, Flugblättern, Farbe und sonstigen Schmierereien zu besudeln. Es ist also in dieser Hinsicht erfreulicherweise eine Besserung eingetreten. Die Vorstände der einzelnen hiesigen politischen Parteien werden erneut gebeten, auch diesmal entsprechend auf ihre Anhänger einzuwirken. Die Polizeibeamten sind angewiesen, gegen jeden Unfug energisch einzuschreiten.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß eine Entfernung, Beschädigung, Ueberklebung oder sonstige Unkenntlichmachung polizeilich zugelassener Wahlplakate und Flugblätter, das unbefugte Ankleben von Plakaten und Flugzetteln, sowie das Beschmieren der Häuser und Schaufenster eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bedeutet. Eine Häufung derartiger Störungen läßt unter Umständen Rückschlüsse auf das sonstige Verhalten der Parteien zu, deren Angehörigen solche Störungen verursachen und könnte die Polizei veranlassen, ein vorbeugendes Versammlungsverbot zu erlassen.

Bei dieser Gelegenheit wird erneut darauf hingewiesen, daß gem. Notverordnung vom 28. 3. 1931 öffentliche, politische Versammlungen 24 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden sind. Ebenso müssen Plakate und Flugblätter politischen Inhalts mindestens 24 Stunden vor der Verbreitung der zuständigen Polizeibehörde vorgelegt werden

Uebrigens ist an Sonn- und Feiertagen das Verteilen von Druckschriften und das Umhertragen als „öffentlich bemerkbare Arbeit" durch polizeiliche Verordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage vom 23. 11. 31 verboten. Diese Verordnung ist in **der letzten von einigen Gewerbetreibenden und Vereinen nicht immer beachtet** worden.

Für die Wahl am Sonntag, den 24. d. Mts. ist für ausreichenden polizeilichen Schutz gesorgt, sodaß für jedermann die ungehinderte und ungestörte freie Ausübung der Wahl gewährleistet ist.

*

25 Jahre Domchor-Direktor

Sonntag waren 25 Jahre vergangen, daß Professor Gustav Schauerte die Leitung des Paderborner Domchores übernahm. Der jetzt im 56. Lebensjahre stehende Jubilar empfing im August 1901 die Priesterweihe und erhielt am 4. September 1905 seine Ernennung zum Domvikar. Zwei Jahre später wurde er Domchordirektor. Es hieße wirklich „Eulen nach Athen" tragen, oder besser noch „Wasser nach Paderborn", wollte man über die große und stündig aufsteigende Entwicklung, die der Domchor unter Professor Schauertes Leitung in diesen 25 Jahren genommen hat, bei dieser Gelegenheit noch viel sagen. Jeder, der den Jubilar kennt, weiß zudem, daß es seinem innersten bescheidenen Wesen widersprechen würde, wenn trotz des doch bedeutungsvollen Jubiläums dies hier geschehen würde. Aber nachdem der Tag bereits hinter uns liegt, entspricht es aber doch einem Bedürfnis großer Dankbarkeit von Tausenden seiner begeisterten Domchorfreunde, wenn dem verehrten wie verdienstvollen Jubilar an dieser Stelle ein kurzes und dankbares Wort der Beglückwünschung ausgesprochen wird. Wir tun dies mit dem Wunsche auf ein zweites Vierteljahrhundert tatkräftiger Wirksamkeit zur Ehre Gottes und zur Erbauung der vielen Tausende, die dem Domchor immer wieder gern lauschen. Das walte Gott!

*

!! **Die Wahlvorbereitungen** nähern sich auch in Paderborn ihrem Ende. Die letzten Wahlversammlungen finden heute und morgen statt. Der Verlauf der bisherigen Versammlungen darf erfreulicherweise durchweg als ruhiger bezeichnet werden. — Am Mittwochabend fand im Maifrohof eine zweite Zentrumskundgebung statt, die für die Frauenwelt bestimmt und zahlreich besucht war. Der Bericht über diese Versammlung mußte für die morgige Nummer zurückgestellt werden.

) **Sonntagabendzug von Altenbeken.** Wir machen darauf aufmerksam, daß der von Ausflüglern so beliebte gern benützte Abendzug Holzminden—Dortmund-Süd ab Altenbeken 19 Uhr 55, und an Paderborn 20 Uhr 22 wieder verkehrt. Siehe auch Plakatfahrplan des Paderborner Anzeigers.

— **Diebstähle ohne Unterlaß meldet der Polizeibericht.** Im Einzelnen: In der Nacht zum 17. wurde in einer Wirtschaft an der Bruchstraße eingebrochen und ca. 10 Tafel Schokolade, 1 Netzanode (Marke Phillips) Kleinlader im Werte von 150 Mk. gestohlen. — In der Nacht zum 20. d. Mts. wurde in die Gemüseverkaufshalle an der Borchenerstraße eingebrochen, wobei eine Menge Früchte, wie Aepfel, Apfelsinen, Bananen usw. entwendet wurden. Ferner wurden 10 Flaschen spanischen Wein, ca. 40 Tafeln Schokolade, (Triumf, Mundi, Gala-Peter Maurion) 15 Schachteln Zigaretten (Salem, Eckstein) und ca. 10 Dosen Rollmöpse entwendet. — Am 20. d. Mts. wurde im hiesigen Postamt eine neue braune Rindleder-Aktentaschen mit Geschäftspapieren und Zeichnungen eines Schlafzimmers entwendet. — In einem Geschäftshaus an der Westernstraße wurde in der Nacht zum 21. d. M. ein Einbruch ausgeführt, wobei 10 Oberhemden, 1 grauer Herrenmantel etwas Wechselgeld und 1 Herrenfahrrad Marke Dürkopp gestohlen wurden. — Nachstehende Fahrräder wurden als gestohlen gemeldet: Marke Ideal, schw. Rahmen, gelbe Felgen, roten Decken, engl. Lenker, schw. Horngriffe. Marke „Phänomen" schw. Rahmen, schw. Felgen mit blauen Streifen, graue Decken, engl. Lenker. Markenlos, schw. Rahmen graue Decken, engl. Lenker, schw. Handgriffe. — Sachdienliche Angaben nimmt die Polizei-Inspektion (Kriminal-Abteilung) entgegen.

Aus Nah und Fern

Münster. Ein Schwindler in Geistlichenkleidung. In verschiedenen Ordensniederlassungen und bischöflichen Anstalten der Stadt Münster ist in den letzten Tagen ein Mann vorstellig geworden, der sich, soweit bis jetzt in Erfahrung gebracht werden konnte, Bruder Kamillus und Bruder Valerian nannte. Einmal wollte er dem Alexanderorden in Neuß, das andere Mal dem Maristenorden in Recklinghausen angehören. Um Unterkunft und Verpflegung zu erhalten, gab er an daß ihm bei der Unterbringung eines Geisteskranken Schwierigkeiten entstanden seien. Diese könnten nur durch Rücksprache mit dem Herrn Landeshauptmann beseitigt werden und es sei eine Uebernachtung erforderlich. Vor dem Schwindler, der etwa 50 bis 60 Jahre alt ist, und eine Art Geistlichenkleidung trägt, wird gewarnt. Sollte er irgendwo auftreten, wolle er angehalten und die Polizei sofort verständigt werden.

!!! **Bad Kreuznach.** Bürgermeister Dr. Fischer wurde mit großer Mehrheit von den Stadtverordneten auf 12 Jahre zum Oberhaupt unserer Stadt wiedergewählt und durch den Titel Oberbürgermeister ausgezeichnet. Nur die Kommunisten stimmten grundsätzlich gegen die Wiederwahl. Es verdient besondere Beachtung und Nachahmung, daß man auch das Gehalt des Wiedergewählten in öffentlicher Sitzung festsetzte. Es ist das Gehalt der Klasse 1, Stufe 1a, und 1800 RM. Aufwandsentschädigung. Der Referent begrüßte es, daß in öffentlicher Sitzung über das Bürgermeistergehalt gesprochen wird. Weit übertriebene Zahlen würden dabei immer genannt. Kein Bürger würde aber etwas dagegen sagen können, daß ein Monatsgehalt, das weit unter der Tausendmarkgrenze liege, übermäßig sei, angesichts der Arbeitslast und der Verantwortung, die der Bürgermeister zu tragen habe. Bad Kreuznach ist eine Stadt von 26 000 Einwohner und ist Badestadt, eine Stadt mit ansehnlicher Industrie und großem Weinhandel und Weinbau. In vielen anderen Städten von geringerer Bedeutung zahlt man bekanntlich nobelere Gehälter für die Spitzen. Daher verdient das Kreuznacher Beispiel besondere Beachtung.

Hameln. Pastor i. R. Fargel-Hameln gestorben. Im 73. Lebensjahre verschied der hier im Ruhestande lebende Pastor em. Johannes Fargel. Der Verstorbene war geborener Hamelner, hatte in seiner Vaterstadt das Gymnasium besucht und in Göttingen, Tübingen und Leipzig studiert. Fast 25 Jahre war Pastor Fargel in Buhr bei Melle im Amte, kam von dort als Seelsorger nach Vahlbruch-Meibergen, im Kreise Hameln, wo er bis zu seiner Emeritierung tätig war.

Peine. Falschgeldregen in Peine. Die Reichsbankfiliale hat wiederum eine ganze Anzahl von Falschgeldstücken angehalten. Es handelt sich dabei um vier 5-Mark-Stücke und ein 2-Mark-Stück. Die Falsifikate sind außerordentlich geschickt hergestellt, so daß sie schwer als solche zu erkennen sind. Sie tragen die Jahreszahl 1927/28 und 1931 und sind aus Silber- bzw. Zinnlegierungen hergestellt. Eins der Falschstücke weist einen Meißnokern auf, der mit einer dünnen Silberschicht überzogen ist.

Das Neueste vom Tage.

Kleine Funkmeldungen

Der französische Ministerpräsident **Tardieu** hatte Freitag nachmittag eine Zusammenkunft mit Reichskanzler Dr. Brüning. Heute abend reist Tardieu zu seinem Wahlkreis Belfort zur Wahlagitation. Mittwoch kehrt er nach Genf zurück.

Wetterbericht.

Das Nordseetief hat sich aufgefüllt. Inzwischen strömt warme Ozeanluft nach Deutschland.

Wettervorhersage für Samstag: Wechselnde Bewölkung, zeitweise Aufheiterung, vereinzelte Regenschauern, mild.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Franziskanerbruder Tiburtius Kronemeyer, Paderborn: Beerdigung: Sonntag, den 24. April, um 15,30 Uhr, Franziskanerkloster aus. — Frau Ww. Friedrich Kuhoff, Anna geb. Bendix, 76 Jahre, Neuhaus; Beerdigung: Samstag, den 23. April, nach dem Seelenamt um 7.15 Uhr. — Rentner Ferdinand Humperi, 71 Jahre, Elsen.

Druck und Verlag der Paderborner Anzeiger und Verlagsdruckerei A.-G. in Paderborn. Geschäfts- und Schriftleitung Martin Wagner in Paderborn.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Schnelle Hilfe
bringt Penaten-Creme bei den Frühjahrs-Erscheinungen: Hautjucken, Hautröte, Pickel
In Apoth. u. Drog. Mk. -.30, -.54, 1.08

Der Kampf um Preußen.

3. Fortsetzung.

Die **Aufgaben der neuen Regierung** bedingen:

a) Beseitigung der vorhandenen Mißstände,

b) **Gerechte** Personalpolitik, **sachliche** Verwaltungsarbeit, **sparsame** Finanzwirtschaft, **deutsche** und **christliche** Kulturpolitik, Kampf gegen den Kulturbolschewismus in jeder Form, keine einseitige Interessenpolitik, sondern **Volksgemeinschaft** zur gemeinsamen Bekämpfung der Wirtschaftsnot. **Erhaltung und Stärkung der Mittelschichten** in Land und Stadt, in **Handwerk, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie,** Erhaltung, **Sicherung** und Förderung der **Lebensbedingungen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft.**

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus allgemein für die Wähler.

Die Aufgabe der Wählerschaft besteht nicht nur darin, die Weimarer Koalition so zu schlagen, daß an die Fortführung ihrer Parteiregierung nicht zu denken ist, die **Wählerschaft muß durch den Stimmzettel jene positiv eingestellten Parteien der nationalen Mitte stärken,** ohne deren Einfluß es nicht möglich ist, eine wirklich unparteiliche nationale Regierung zu bilden und ihren Bestand zu sichern. Das ist nicht der Fall, wenn das Bürgertum weiter besinnungslos Hitler nachläuft, den Radikalismus stärkt.

Die **schwere kommunistische** Niederlage bei den Hindenburgwahlen zeigt, wie falscht die Parole ist: „Hitler oder Stalin." Wir brauchen den Nationalsozialismus nicht zur Bekämpfung des Kommunismus. Der Nationalsozialismus ist selber eine Gefahr, **wenn er sich nicht zur Wirklichkeit der Dinge zurückfindet.**

Welche besonderen Forderungen sind an Hitler und Hugenberg zu stellen?

a) **Hitler muß darauf verzichten, die Rolle eines allein gebietenden Diktators spielen zu wollen.** Außerdem wird er die dazu erforderlichen 51 % der Wählerstimmen nie erhalten.

b) **Hitler muß auf die Propaganda der schrankenlosen Versprechung verzichten.**

c) **Hitler muß seine Fraktionen zur Disziplin und parlamentarischen Arbeit zwingen.** Die von den nationalsozialistischen Fraktionen versuchte Sabotage der parlamentarischen Arbeit haben im Reiche nur dazu geführt, daß die Hilfe der S. P. D. für den Kanzler unentbehrlicher geworden ist.

d) **Auch Hugenberg hat sich ehrlich darauf einzustellen, daß er mit den anderen Parteien zusammenarbeiten muß.** Die Fehler seiner Reichspolitik, Verhinderung einer bürgerlichen Reichsregierung im Sommer 1930, Zerschlagung der eigenen Partei, Zersplitterung des Bürgertums, die Fehler seiner Reichspräsidentschaftspolitik und seine wiederholte Störung eines strategisch einheitlichen Aufmarsches der bürgerlichen Opposition gegen die Weimarer Koalition sind ja offenkundig.

Gelingt es nicht, den Nationalsozialismus und die Deutschnationalen zu der Erkenntnis zu bringen, daß allein die **politische Realität und das politisch Mögliche auch Preußen beherrschen** müssen, daß es nicht genügt, die heutige Weimarer Koalition und die Parteien dieser Richtung in die Minderheit zu bringen, **sondern alle Parteien nationalen Willens zu stärken,** dann ist der Kampf um Preußen wieder einmal verloren und auch der Versuch, über Preußen in anderer, unserer Auffassung entsprechenderer Form, Einfluß auf das Reich zu erreichen, mißlungen.

Unser politisches Ziel.

Die Preußenwahlen sind für uns Ausgangspunkt für die Gesundungspolitik im Reich. Jede Politik muß ein klares Ziel haben. Vernichtung der Weimarer Koalition ist nur **eine** Aufgabe. Das **große politische Ziel** deutscher Politik muß sein, **Geltung der deutschen Nation in der Welt und Herbeiführung gesunder Wirtschaftszustände,** die die heutige Arbeitslosigkeit beseitigen und den Massen des Volkes wieder Arbeit und Brot bringen.

Daß die heutige Wirtschaftsnot mit der Weltwirtschaftskrise eng zusammenhängt, ist eine Tatsache, die nur deshalb kurz erwähnt werden muß, weil sie heute leider von manchen völlig außer acht gelassen wird. Daß die Weltwirtschaftskrise vor der Lösung der Reparationsfrage nicht gelöst werden kann, ist ebenso klar. Das Nein in der Reparationsfrage ist enge verbunden mit dem Willen zur nationalen Geltung, ist deshalb ebenfalls dazu bestimmt, die großen Wirtschaftsschwierigkeiten der Welt zu beseitigen.

Aber auch bei all diesen Dingen sollte man sich hüten, nur Gefühlspolitik zu treiben. All denen, die immer noch glauben, nationaler Wille sei allein an große Worte gebunden, sei gesagt, daß **Stresemanns Außenpolitik,** greifbare Erfolge gezeigt hat, die uns seitdem nicht mehr beschieden sind. Daraus die Lehre: auch der Wille zur **Weltgeltung wird sich nur durchsetzen, wenn er in enger Verbindung mit dem politisch Möglichen und Durchführbaren bleibt.**

(Fortsetzung folgt.)

Statt besonderer Anzeige

†

Am Donnerstag morgen um 10.30 Uhr hat der liebe Gott seinen treuen Diener, den

Franziskanerbruder

Tiburtius Kronemeyer

zu sich in die Ewigkeit genommen, nachdem dieser ihm 42 Jahre lang als echter Sohn des hl. Franziskus in vorbildlicher Pflichterfüllung als Schneider und Almosensammler gedient hatte.

Möge Gott ihm ein reicher Lohner sein.

Der Franziskaner-Konvent Paderborn

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 24. April, um 15.30 Uhr vom Franziskanerkloster aus. Am Montag morgen um 7.30 Uhr ist das Totenoffizium und anschließend das Seelenamt.

Eggegebirgs-Verein

Sonntag, 24. 4. 32.
Wanderung
Boker Kanal.
Siehe Aushang.

In 3 Tagen
Nichtraucher.
Sanitas-Depot
Halle a. S. 37

Sommer-Sprossen

werden unter Garantie durch VENUS Stärke B beseitigt RM 1,60, 2.75.

Gegen Pickel, Mitesser Stärke A

Drogerie **Meyenberg**, Kamp 3

Drogerie **Bergmann**, Westernstr. 13

Hautjucken

Flechten, Schuppen, Parasiten, die der Menschheit leider blühn, Krätze, Wunden, Hämorrhoiden — Alldas schwindet vor „Sprätin"! 100 Gr. Packung RM. 1,50, 150 Gr. 2.— Central-Drog. Schnell Marienplatz

---

Wer verkauft

Wohn- od. Geschäftsh. Villa, Landwirtschaft Gasthof, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angeb. an K. Lahmeyer, Bremen, Elsasserst. 152

Mädchen sucht zum 1. oder 15. V.

Stelle

für Kochen und sämtliche Hausarbeit. Gute Zeugnisse vorhanden. Angebote u. Nr. 386 a. d. Gesch. d. Bad. Anz.

Rübenkraut

10 Pfd.-Eimer **1.80**

Pflaumenmus Pfd. **0.35**

Vierfrucht-Marmel. Pfd. **0.35**

Orangen-Marmel. Pfd **0.40**

Erdbeer-Konfitüre Glas **0.65**

Zweifrucht-Marmel. 1-Pfd.-Dose **0.55**

Westfälisches Kaufhaus

Günstige Gelegenheitskäufe! in gebrauchten, modernen **Pianos** schon von Mk. 385 an b. bei

FESTING

An- und Verkauf

von Häusern, Grundstücken, Geschäfte. Verpachtungen. Durchführung von Vergleichen etc.

Bernhard Sievers
Wirtschafts- u. Steuerbüro
Paderborn, Grube 3, Tel. 3435

Herr gesucht zum Vertrieb unf. **Zigarren.**
H. Jürgensen & Co., Hamburg 22

BV-Tonlichtspiele
Kasseler Straße 27

Unser Tonfilm-
Sonder-Programm
das alle Veranstaltungen übertrifft

Ingagi

Ein Groß-Tonfilm in deutscher Sprache der tausend Abenteuer und Gefahren. Ingagi, ein sensationeller Film aus dem wahren Afrika. Ingagi, der riesige Menschenaffe, das gefürchteste Raubtier des Urwalds. Das größte Abenteuer war der Raub einer Eingeborenen durch einen Gorilla.

Ingagi ist das gewaltigste Werk, das bisher gezeigt wurde. Die Herstellung dieses Riesen-Filmwerkes dauerte 2 Jahre.

Zur weiteren Unterhaltung:
Der bislang beste deutsche Tonfilm mit dem beliebtesten Schauspieler

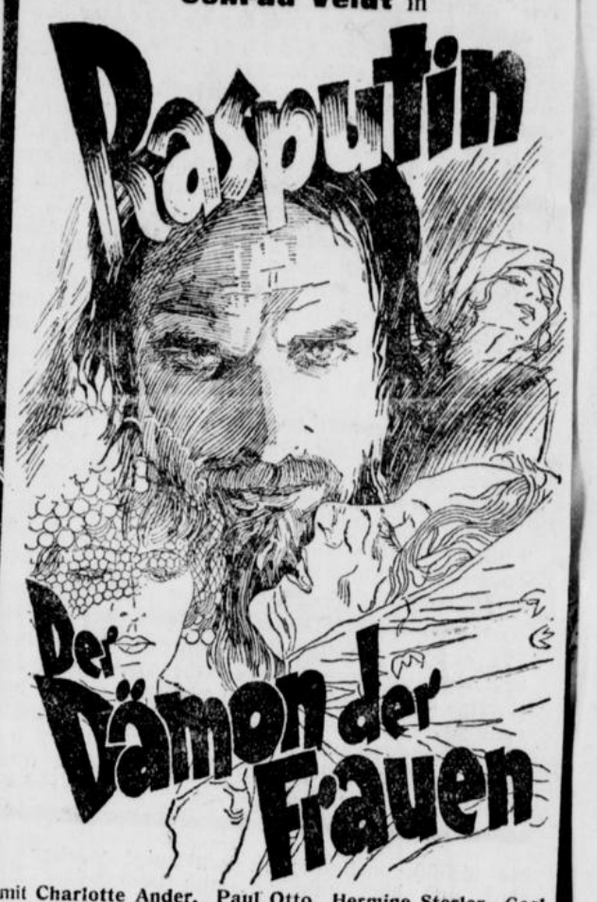
Hans Albers

Die Nacht gehört uns

Die Handlung ist schmissig und reich an dramatischen Zwischenfällen.
Außer Hans Albers wirken mit: Lucie Englisch, Ida Wüst, Charlotte Anders, Otto Wallburg, Julius Falkenstein, Walter Janssen.

Unser Programm ist für Jugendliche verboten

Neue Sensation im
Residenz-Theater
Ein Gottschalk-Tonfilm
Conrad Veidt in



mit Charlotte Ander, Paul Otto, Hermine Sterler, Carl Ludwig Diehl, Elza Temary, Brigitte Horney, Bernhard Goetzke, Theodor Loos u. a. m.
Dieser Film ist erfüllt von der grandiosen Leistung Veidts, der in der Titelrolle über sich selbst hinaus wächst.

Wir weisen ausdrückl. darauf hin, daß nicht der alte stumme Film zur Vorführung gelangt.

II. Tonfilm: Der Ufa-Film

Der Held von Kalifornien

mit Ken Maynard u. a. m.
Eine Filmromanze von Liebe, Freiheit u. Lachen, in 6 Akten.

Gediegenes Beiprogramm
Neueste Ufa-Ton-Woche



Bruchreis Pfund nur **12** Pfg.
Pflaumen Pfund nur **22** Pfg.
Ringäpfel Pfund nur **58** Pfg.
Backöl Liter nur **40** Pfg.
Kokosfett Tafel nur **28** Pfg.

5% Rabatt
außer Zucker und wenige andere Artikel.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Thams & Garfs

Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080



Lichtspiel-Palast

Der große Spitzenton-film des Deutschen Lichtspiel-Syndikats

Ein süßes Geheimnis

Ein **Volksstück** mit der berühmten Schauspielerin

Hansi Niese

in ihrer größten Tonfilmrolle.

Ein Film, der zu den Herzen aller Menschen spricht:

In den weiteren Hauptrollen:
Hans Marr, Else Elster, Lia Eibenschütz, Grit Haid, André Mattoni, H. Hardt, Teddy Bill, Paul Heidemann

Regie:
Friedrich Zelnik

Die Rose des Südens

6 Akte

Ein spannendes Drama in den Hauptrollen die beliebten Künstler
Mary Astor und Gilbert Roland

Galgenhumor
Ein selten interessanter Tonfilm

Die neueste
Fox-Wochenschau

Beiprogramm

Sie kaufen *billig*



wenn Sie **jetzt** den

Großen Brockhaus

bestellen:

1. Preisherabsetzung entsprechend Notverordnung, Ermäßigung bis . . . . . M. 64.–
2. Ersparnis, wenn ein älteres Lexikon in Zahlung gegeben wird, laut Umtauschangebot bis . . . . . M. 54.–

Insgesamt bis **M. 118.–**

billiger

Bandweiser Bezug ist möglich, daher

günstige Ratenzahlungen!

Verlangen Sie unverbindlich und kostenfrei das reichbebilderte Probeheft in einer Buchhandlung oder vom Verlag

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Unterzeichneter erbittet unverbindl. Zusendung d. Probehefts **»Der Große Brockhaus neu von A-Z«**

Name u. Ort: .....

Straße: .....



8 spottbillige Waffel-Tage

5% Rabatt in Marken außer Zucker.

Sie erhalten bis einschl. Samstag, 23. April

½ Pf. Frucht-Waffeln für nur **34** ₰
½ Pf. Schok.-Waffeln für nur **37** ₰
½ Pf. Waffel-Mischung für nur **48** ₰
½ Pf. Helgoländer Misch. für nur **48** ₰

Thams & Garfs

Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080

Garantiert reiner hiesiger

Bienen-Blüten-Schleuder-Honig

1 Pfund 1.00 Mk.

Jos. Montag
Paderborn
Kilianstr. 18 Tel. 2135.



Grünebaums modernste
Bettfedern-Reinigung
heißt „Federieren"

Dieser Apparat, „Federator" genannt, ist eine neue Erfindung auf dem Gebiete der Bettfedern-Reinigung.

Federieren das neue Verfahren garantiert Desinfektion und Entmottung
Federieren macht Federn blütenweiß und belebt sie neu
Federieren ist ein sicherer Schutz zur Vernichtung schädlicher Keime
Federieren bringt gesunden Schlaf u. kostet nicht mehr als einfaches Reinigen

Annahme jeden Dienstag und Freitag

Steinberg **Grünebaum** PADERBORN

Edeka **immer hilfsbereit!**

über 30 000 Geschäfte in Deutschland

Stangenkäse	Allgäuer	1 Pfund	**0.48** RM
Edamerkäse	in Kugeln	1 Pfund	**0.75** und **0.48** RM
Tilsiterkäse	vollfett	1 Pfund	**0.98** RM
Goudakäse	vollfett	1 Pfund	**0.75** RM
Kochkäse	lose ausgewogen	1 Pfund	**0.40** RM
Kochkäse	in Dosen	1 Pfund	**0.35** RM
Addakäse	Limburger	1 Pfund	**0.55** RM
Schweizerkäse	sehr fein	¼ Pfund	**0.35** RM

EDEKA Großeinkauf Paderborn

Achten Sie auf die Edeka-Geschäfte

Fr. Pommer, Paderborn
Rathausplatz 3-5 Bahnhofstr. 3a

Schreiben Sie auf gutem Briefpapier! Meine Spezialmarken enthalten nur beste holzfreie Papiere u. sind billig.

Heimatpost	jetzt	40 Pfg.
Hermannspost	„	70 „
Hermannspost Leinen od. gehämmert	„	70 „

Dazu einen schönen **Goldfüllhalter**, (mit 14kar. Goldfeder schon von 2,75 RM an) und das Schreiben macht Ihnen Freude!



ensation im
nz-Theater
chalk-Tonfilm
d Veidt in
putin
n der
Frauen
Otto, Hermine Sterler, Carl
Brigitte Horney, Bernhard
or Loos u. a. m.
r grandiosen Leistung Veidts,
sich selbst hinaus wächst.
darauf hin, daß nicht
ur Vorführung gelangt.
Der Ufa-Film
Kalifornien
ard u. a. m.
reiheit u. Lachen, in 6 Akten.
eiprogramm
Ton-Woche
ON
FREI
WEISSE
Grünebaums
modernste
ettfedern-
einigung
ßt „Federieren"
rator" genannt, ist
f dem Gebiete der
einigung.
e Verfahren garantiert
tion und Entmottung
Federn blütenweiß und
ie neu
icherer Schutz zur Ver-
schädlicher Keime
sunden Schlaf u. kostet
r als einfaches Reinigen
tag und Freitag
ebaum
RBORN
mehrt,
art!
sei,
neu!

Nr. 96 Zweites Blatt

Lippspringer Anzeiger

Samstag, den 23. April 1932

Zu den Landtagswahlen.

Reichsminister a. D. Prof. D. Dr. **Bredt** schreibt in der „Kölnischen Ztg.":

„Die Reichspräsidentenwahl hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes heute sozialistisch eingestellt ist. Die stärkste Partei ist heute die Nationalsozialistische, es folgt als zweitstärkste die Sozialdemokratische, als drittstärkste die Kommunistische. Allerdings ist dieser Sozialismus sehr verschiedener Art, und es besteht keinerlei Aussicht dafür, daß sich etwa die drei sozialistischen Parteien oder auch nur zwei von ihnen zu einer gemeinsamen parlamentarischen Arbeit zusammenfinden. Der Kommunismus steht der ganzen heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung feindlich gegenüber und erstrebt den gewaltsamen Umsturz. Der Nationalsozialismus ist in seinen Grundtendenzen noch völlig unübersichtlich; er gebärdet sich teils als Hüter der Legalität, teils als Agitator des Umsturzes. Die Sozialdemokratie steht voll auf dem Boden des heutigen Staates, will aber eine systematische Ueberleitung in sozialistische Ordnung. Im Preußischen Landtag werden die Kommunisten immer in ihrer grundsätzlichen Opposition verharren. Mag im übrigen eine Rechtsregierung sich ergeben oder eine Linksregierung: unter allen Umständen wird die Regierungskoalition im Zeichen von einer der beiden großen sozialistischen Parteien stehen, der Nationalsozialisten oder der Sozialdemokraten. Das ist es, was das Bürgertum sich vor allen Dingen klarmachen muß.

Es ist gar kein Zweifel, daß die gewaltige Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen zum großen Teil auf ein panikartiges Umschwenken gerade des Bürgertums zurückzuführen ist. Die wirtschaftliche Bedrängnis des Mittelstandes, die Gehaltskürzungen bei den Beamten, die Kündigungen bei den Angestellten haben viele Tausende dazu gebracht, sich einem Sozialismus in die Arme zu werfen, der mit Betonung des nationalen Charakters das Odium des bisherigen Sozialismus vermeidet und einem jeden kurzerhand das verspricht, worum es ihm geht. Bei diesen Teilen des Bürgertums liegt die Entscheidung über Deutschlands Zukunft, und es ist die Existenzfrage des Deutschen Reiches, wie und wann sie wieder zur Besinnung kommen.

Im kommenden Landtag wird jede Regierung, rechts oder links, unter allen Umständen angewiesen sein auf die Unterstützung bürgerlicher Parteien. Von den Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung wird man bestimmt nicht erwarten können, daß sie den Nationalsozialisten einen wirksamen Widerstand entgegensetzen können. Es kommt daher alles darauf an, daß das in den Mittelparteien vertretene Bürgertum stark genug wird, im kommenden Landtag wirklich entscheidend aufzutreten und Uebergriffe des Sozialismus von rechts und von links zu verhüten.

In Preußen muß die bisherige Parteiregierung durchgreifend umgestaltet werden zu einer wirklichen Staatsregierung. Die Parteibuchbeamten müssen ersetzt werden durch Beamte im altpreußischen Sinne, die sich lediglich als Diener des Staates fühlen.

Das ist die Hauptaufgabe, denn die eigentliche Verwaltung in den unteren Instanzen liegt völlig bei Preußen, und die Reichspräsidentenwahl hatte für diese Frage nur sehr geringe Bedeutung. Unter keinen Umständen darf es vollends dahin kommen, daß jetzt etwa die Beamten der Weimarer Koalition ersetzt werden durch neue Parteibuchbeamte der Nationalsozialisten. Darauf haben wir uns aber wohl gefaßt zu machen, wenn es nicht gelingt, dem wirklichen Staatsgedanken bei den kommenden Wahlen zum Durchbruch zu verhelfen. So kämpft das Bürgertum heute in letzter Linie für den Staat als solchen, der seines heutigen Parteicharakters entkleidet werden muß. Das ist eigentliche Ziel für das Bürgertum bei den kommenden Wahlen.

Nun sei aber in aller Offenheit noch eines hinzugefügt, was vielleicht manchen Widerspruch findet: der Zeitpunkt nach den Preußenwahlen muß benutzt werden zu einer durchgreifenden Reichsreform.

Es ist bisher gelungen, den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen immer wieder zu überkleistern: nach den Wahlen wird es nicht mehr möglich sein. Wir können aber in der Weltgeschichte den Weg nicht zurückgehen, sondern nur vorwärts. Wir können das Reich nicht wieder auflösen in Einzelstaaten, sondern wir können nur den Schwerpunkt entschlossen verlegen auf das Reich. Hierzu sind vor allem zwei Dinge alsbald notwendig.

Es muß zunächst die Aufsicht über die großen Städte auf das Reich übergehen. Die heute völlig politisierten Bezirksausschüsse und die parteilich gebundenen Regierungspräsidenten sind zu einer wirksamen Aufsicht garnicht mehr imstande. Die Fragen ausländischer Anleihen und ähnliches haben längst eine gewisse Reichsaufsicht tatsächlicher Art entstehen lassen. Hier muß jetzt ganze Arbeit gemacht werden; denn nach den Wahlen wird man sich in Preußen keinen großen Hoffnungen gerade auf dem Gebiet der Kommunalaufsicht hingeben dürfen.

Weiter ist es unvermeidlich, den Oberbefehl über die gesamte Polizei im Deutschen Reich dem Reichspräsidenten zu übertragen. Die Polizei darf weder von einer ausgesprochenen Rechtsregierung noch von einer Linksregierung die grundsätzlichen Weisungen bekommen, sondern es muß in höchster Instanz eine überparteiliche Stelle mit dem Oberbefehl betraut werden. Das kann nur der Reichspräsident sein. Eine Zwischenstellung für den Reichsminister des Innern nach dem Vorbild des Reichswehrministers kann dabei vermieden werden. So lange wir die vielen Einzelstaaten haben mit ihren zerstreuten Enklaven, ist in Zeiten der Verwirrung wie heute nur ein einheitliches Handeln der Polizei unter einheitlichem Oberbefehl denkbar, wenn wirklich Ruhe gehalten werden soll.

Diese beiden Punkte sind natürlich nur die ersten Schritte auf dem Weg zur endgültigen Reichsreform, an der gerade das Bürgertum das größte Interesse hat. Das Bürgertum will vor allem den inneren Frieden erhalten und braucht deswegen eine starke Staatsgewalt. Daß diese aber den Händen der Parteibuchbeamten entrissen und wirklichen Staatsbeamten übertragen wird, das ist eben die Frage, um die es bei den kommenden Wahlen geht. An sich ist das Bürgertum völlig stark genug, dieses Ziel zu erreichen. Wenn es bei den kommenden Wahlen so stark im Landtag wird, daß es allen Uebergriffen einer Parteikoalition von rechts oder links entgegentreten kann, wenn es den eigentlichen Staatsgedanken in der Weise verteidigen kann, daß es alles erfolgreich ablehnt, was wieder in das Parteigetriebe hineinführt, dann rettet das Bürgertum sich selbst, aber auch den Staat und das Reich.

Natürlich werden viele Fragen kommen, die auch innerhalb des Bürgertums zu Schwierigkeiten führen werden, nicht nur solche wirtschaftlicher, sondern auch solche kultureller Art. Aber alles dies muß in einer Zeit wie der heutigen zurücktreten hinter dem einen großen Ziel: den bürgerlichen Staat als solchen durch die Klippen hindurch zu bringen. Daß dies gelingt, das erwartet das Bürgertum von den kommenden Länderwahlen und damit in letzter Linie von sich selbst."

*

Braun und das „System".

In Stettin beschäftigte sich der preußische Ministerpräsident Braun in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in erster Linie mit der Wahlparole Hugenbergs: „Fort mit dem System" und ferner mit der Parole: „Preußen muß wieder preußisch werden". Braun brachte dabei im wesentlichen die Vorwürfe vor, die er in seinen bisherigen Reden erhoben hatte und verteidigte die Politik der letzten Jahre. Zum Schluß wandte er sich gegen die Nationalsozialisten, deren Bewegung er widerspruchsvoll und verlogen nannte. Er forderte zum Kampf für ein demokratisches Preußen auf, das die Gewähr für eine ruhige Entwicklung bieten würde.

Eine Wahlrede Dingeldeys.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, betonte auf einer Wahlkundgebung, die DVP. denke nicht daran, ihre Hand dazu zu bieten, daß an Stelle des roten Parteibuches das Parteibuch mit dem Hakenkreuz trete. Dingeldey schloß mit einem Hinweis darauf, daß in Deutschland niemals die Kräfte zerstört werden dürften, die von der freien sittlich-gebundenen schaffenden Persönlichkeit ausgingen.

Fort mit der Parteiwirtschaft.

Der erste Reichsführer des Christlichsozialen Volksdienstes, Simpfendörfer, sprach in Breslau über das Thema: „Schluß mit der Parteiwirtschaft." Die Begründung der Staatsautorität allein auf dem Votum der Massen mußte mit Naturnotwendigkeit zur Errichtung der Parteiherrschaft führen. Der rationalistische und liberalistische Irrglaube von der Güte des Menschen und von der klärenden Wirkung der öffentlichen Diskussion in Presse und Versammlung als Herausbildung des Gesamtwillens des Volkes ist heute weithin erkannt. Er forderte eine starke, im letzten sich dem Schöpfer verantwortlich fühlende Staatsführung, die auch den Mut hat, gegen die Massen zu stehen. Diese Forderung sei in der Führung des Reiches bereits in der Verwirklichung begriffen. Wie im Reiche gelte auch in Preußen der Kampf des Volksdienstes der Beseitigung der Parteiherrschaft und der Schaffung einer starken, von den Parteien unabhängigen Staatsführung, in der auch das bewußt protestantische Element seiner staatspolitischen Bedeutung entsprechend zur Geltung komme.

Niemand bleibe zu Hause!



Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Wahlaufruf

Zu den am 24. April d. J. stattfindenden **Preuß.** Landtagswahlen erläßt der Westfälisch-Lippische Handwerkerbund folgenden Wahlaufruf:

Die bevorstehende Neuwahl des Preuß. Landtages ist nicht nur für die preußische Staats- und Kommunalpolitik, sondern zugleich für die künftige Reichspolitik von entscheidender Bedeutung. Der Freiheits- und Erhaltungskampf, den das selbständige Handwerk heute in Verzweifelung und Erbitterung mit dem Einsatz seiner letzten Kräfte zu führen hat, verlangt gebieterisch eine Abkehr von dem bisherigen für Staat und Volk unhaltbaren Zustand der Vernachlässigung elementarster Lebensinteressen der handwerklichen und übrigen mittelständischen Wirtschaft. Das Handwerk steht in schärfster Opposition zu jeglicher parteipolitischen Staatsführung und parteipolitisch durchsetzten Verwaltung, die der Erhaltung und dem Wiederaufstieg der für eine gesunde Staats-, Wirtschafts- und Sozialordnung unentbehrlichen Volksschichten und Berufsstände entgegenstehen. Nur eine **weitgehende Aenderung der bisherigen Methoden der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik** kann auch die Grundlage einer gesunden und finanziell lebensfähigen Selbstverwaltung in Gemeinde und Gemeindeverband wieder herstellen.

Die wahlberechtigten Angehörigen des selbständigen Handwerks werden daher aufgefordert, am 24. April **nur denjenigen Parteien und Kandidaten die Stimme zu geben,** die unbedingt willens und in der Lage sind, eine den Forderungen des Handwerks endlich gerecht werdende Politik herbeizuführen.

Die beste Garantie für eine Politik der Berücksichtigung der Interessen des Handwerks ist die Entsendung von Handwerksvertretern in das Parlament. Das Handwerk muß diejenigen politischen Parteien bevorzugen, die Handwerker an aussichtsreicher Stelle aufgestellt haben.

Handwerker, seht Euch die Wahllisten der politischen Parteien daraufhin an und wählt darnach, damit eine bessere Berücksichtigung der Wünsche des Handwerks durch die politischen Parteien und eine bessere Vertretung des Handwerks im Parlament gewährleistet wird! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Westfälisch-Lippischer Handwerkerbund Dortmund

Ein Aufruf des Deutschnationalen Arbeiterbundes.

Zu den bevorstehenden Landtagswahlen erläßt der Deutschnationale Arbeiterbund einen Aufruf, in dem es heißt: Unter dem sozialdemokratischen Einfluß sind die geistigen Werte, die einst Preußen groß gemacht haben, wenn nicht vernichtet, so doch außerordentlich geschwächt worden. Jetzt sollen von Preußen aus die deutschen Probleme in wirtschaftlicher, finanzpolitischer und sozialpolitischer Beziehung erneut aufgerollt und gelöst werden. Dazu ist es notwendig, daß die deutsch-bewußte Arbeiterschaft unter der klaren und zielbewußten Führung Hugenbergs die Deutschnationale Volkspartei so stärkt, daß sie im Preußischen Landtag von ausschlaggebender Bedeutung wird.

Aufruf an die evangelische Wählerschaft.

Zu den Wahlen des nächsten Sonntags ergeht an die evangelische Wählerschaft ein Aufruf, der von folgenden Verbänden unterzeichnet ist: Evangelischer Bund, Evangelische Frauenhilfe, Evangelischer Reichselternbund, Kirchlichsozialer Bund, Reichsverband evangelischer Arbeitnehmerverbände, Verband evangelischer Lehrer- und Lehrerinnenvereine, Vereinigung evangelischer Frauenverbände Deutschlands, Zentralausschuß für innere Mission. Der Aufruf lautet: „Evangelische Männer und Frauen! Bei den in Preußen und anderen deutschen Ländern bevorstehenden Wahlen wird nicht allein über brennende Staats- und wirtschaftspolitische Fragen, sondern auch über ein Stück geistiger Zukunftsgestaltung unseres Volkes entschieden werden. Der Kampf geht um die christliche Familie, um die evangelische Schule, um die geistige Ge-



Um die Preußen-Regierung

geht am 24. April der Wahlkampf. Die Mitglieder des Kabinetts sind: (oben, von links) Landwirtschaftsminister Steiger (Zentrum) — Ministerpräsident Otto Braun (SPD.) — Innenminister Severing (SPD. — Justizminister Schmidt (Zentrum). — (unten, von links): Handelsminister Schreiber (Deutsche Staatspartei) — Finanzminister Klepper — Kultusminister Grimme — (SPD.) — Volkswohlfahrtsminister Hirtsiefer (Zentr.)

Kindheit unserer Jugend, um Sauberkeit des öffentlichen Lebens, um Freiheit und Gleichberechtigung der evangelischen Kirche im Staate, um Volkstum und Evangelium in ihrer unlöslichen Verbundenheit. Es geht um die Grundlagen! Starke Mächte der Zersetzung und Zerstörung sind am Werke. Die evangelische Wählerschaft rufen wir auf, daß sie jedem Angriff auf diese unveräußerlichen Werte sich entgegensetzt und mit voller Überzeugung für die Wahrung der Grundlagen und Ordnungen eines christlichen Volkslebens eintritt. Es ist Entscheidungszeit! Wir wollen uns ihrer würdig erweisen!

Politische Verantwortung der Nationalsozialisten.

Hitler erklärte in einer Wahlversammlung in Lyck, er habe am Masurenland so viel Freude gehabt, daß er nach den Wahlen auf acht Tage nach Masuren kommen und in eine Reihe von Ortschaften sprechen werde, die er diesmal nicht besuchen könne. Dann erklärte er, man werfe den Nationalsozialisten vor, sie scheuten sich vor der Verantwortung. Darauf sei zu sagen, daß die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung im Staat sich vor keinerlei Verantwortung drücken würden. Die Behauptung der Gegner, die Nationalsozialisten wollten die sozialen Errungenschaften der Revolution abbauen, beantwortete er mit der Frage, ob denn die Errungenschaften darin bestänben, daß von 23 Millionen Arbeitern jetzt sieben Millionen brotlos geworden seien. Am 24. April solle sich jeder überlegen, wen er wählen wolle. Es gehe nicht um Mandate, sondern es gehe um ein freies Preußen, wie es vor hundert Jahren bestanden habe.

Kurze politische Nachrichten.

General der Kavallerie a. D. Walter von Moßner ist in Heidelberg, 86 Jahre alt, gestorben.



Während des Krieges war Moßner stellvertretender Kommandeur des 21. Armeekorps. 1918 wurde ihm der Schwarze Adlerorden verliehen. Moßner, der auch als Rennreiter bekannt war, nahm an den Feldzügen 1866 und 1870/71 teil.

*

In Österreich ist wie in Deutschland der 24. April ein Großwahlkampftag erster Ordnung, da im Lande Wien, in Niederösterreich und in Salzburg der Landtag neu gewählt wird, während in Steiermark und Kärnten (außer Graz und Klagenfurt) alle Gemeindevertretungen neu besetzt werden.

Eisenbahnunglück in den Vereinigten Staaten. — Drei Tote, mehrere Verletzte.

Portsmouth (Ohio). Infolge Versagens der Weiche entgleiste ein Schnellzug in der Nähe von Haverhill. Drei Bahnbeamte wurden getötet und mehrere verletzt, während die Passagiere sämtlich unverletzt blieben.

Versagender Binnenmarkt.

Deutschlands Zukunft im deutschen Acker.

Der Reichsernährungsminister über die deutsche Wirtschaftspolitik.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer auf die Förderung des Binnenmarktes eingestellten deutschen Wirtschaftspolitik behandelte der Reichsernährungsminister Schiele in einem Vortrag vor der Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken in Halle. Er führte u. a. folgendes aus: Jede Betrachtung unserer Lage führe notwendigerweise zu der Verpflichtung, in Deutschland eine starke binnenmarkt-orientierte Wirtschaftspolitik zu treiben. Folgende vier Merkmale seien für unsere Lage besonders wesentlich. Sechs Millionen Arbeitslose, die Schrumpfung unserer Ausfuhr, die Zwangsbewirtschaftung der Devisen und auf außenpolitischem Gebiet unser Ringen um die politische Freiheit unserer Nation. Die drückende Last der Arbeitslosigkeit habe zu dem gigantischen Plan geführt, 500 000 Arbeitslose aus dem Ruhrgebiet umzusiedeln.

Eine Menschenwanderung

in umgekehrter Richtung von der Stadt aufs Land habe tatsächlich bereits eingesetzt. Im Jahre 1931 hätten die Großstädte einen Wanderungsverlust von 100 000 Menschen zu verzeichnen gehabt. Da der Kern jeder Binnenmarktpolitik eine

intensive Agrarpolitik

sei, müßten diejenigen Zweige der deutschen Landwirtschaft besonders begünstigt werden, die in hohem Maße in der Lage seien, Arbeitskräfte zu binden. Dies sei vor allem beim Hackfruchtbau und insbesondere bei der Zuckerwirtschaft der Fall. Auch sei dies die Voraussetzung einer beschleunigten und durch Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes verbilligten Siedlung. Die entscheidende Ursache unserer Arbeitslosigkeit sei auch nicht die Schrumpfung unserer Ausfuhr, sondern das

Versagen des Binnenmarktes.

Grundsätzlich müßten alle Schutzmaßnahmen, insbesondere auch für die handelspolitisch gebundenen Produkte dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis entsprechend und mit der nötigen Labilität, so wie es beim Getreide erreicht sei, gehandhabt werden.

Der Minister legte sodann die Bedeutung der

Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung

für unsere Devisenbilanz und unsere nationale Befreiungspolitik dar. Der Wille zur Freiheit und der Wille die Währung stabil zu halten, zwinge zu einer Wirtschaftspolitik, in deren Mittelpunkt um der Wiederbelebung des Binnenmarktes willen eine intensive Agrarpolitik stehe. Der Minister schloß mit den Worten: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem deutschen Acker!"

Kaltgestellte Lokomotiven.

Entlassungen bei der Reichsbahn?

Über drohende Entlassungen von 18 000 Werkstätten- und 29 000 Streckenarbeitern finden Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Vertretungen der Reichsbahnarbeiter und der Generaldirektion der Reichsbahn statt. Der Verkehrsrückgang hat dazu geführt, daß von den 25 000 Lokomotiven der Reichsbahn 3500 kaltgestellt werden mußten, und von den 750 000 Eisenbahnwagen in Deutschland sind 215 000 abgestellt worden. Um die drohende große Entlassung zu vermeiden, plant die Reichsbahn jetzt, in ihren Werkstätten bis zu sieben Feierschichten im Monat einzulegen, oder einen Urlaub von zwei Monaten im Jahre einzuführen, währenddessen die Arbeiter die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung beziehen sollen.

5 934 000 Arbeitslose.

Die Zahl der Arbeitslosen ist nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. April 1932 im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000, seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen. Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet.

Der Saisonbeginn brachte in den Außenberufen eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 138 000, während in den anderen, überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, und zwar insbesondere in den Berufen des Spinnstoffgewerbes, der Metallindustrie und der häuslichen Dienste sowie bei den Angestellten. Außerdem bleibt zu beachten, daß die Bestandzahl der Arbeitslosen im gegenwärtigen Zeitpunkt durch den erheblichen Zugang von Ausgelernten und Schulentlassenen beeinflußt sein muß, bei denen angesichts der anhaltenden Ungunst der Lage eine Aufnahme in die Wirtschaft nur in beschränktem Umfange stattgefunden hat.

Die Arbeitsaufnahme in den Saisonberufen hat sich für die Entlastung der Arbeitslosenversicherung stärker ausgewirkt als für die Gestaltung des Arbeitsmarktes, so daß seit Anfang April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 auf rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen ist; diese Entwicklung ist zum Teil auch auf die wachsende Zahl der Aussteuerungen nach Ablauf der Unterstützungsdauer zurückzuführen.

Auch in der Krisenfürsorge ist zum erstenmal seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen, und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

Kraftfahrfragen im Reichsrat.

Der Reichsrat nahm zunächst einige Ergänzungen in der Verordnung über Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr vor. Die Ergänzungen verfolgen den Zweck, zur Erhöhung der Wirksamkeit der Warnungstafeln eindeutig jede unnötige Warnungsbeschilderung an Eisenbahnübergängen auszuschließen und für Sonderfälle örtlicher Art eine einheitliche und zweckmäßige Anwendung der allgemeinen Vorschriften zu gewährleisten. Ferner beschäftigte sich der Reichsrat mit Änderungen in der Verordnung zur Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs. Dabei handelt es sich u. a. um eine Verschärfung der Vorschriften für die Signalgebung, zur Verminderung des Straßenlärms, um den Verkehr auf Einbahnstraßen, um das Vorfahrtrecht und um eine Neugestaltung der Vorschriften über das Hörvermögen der Kraftfahrzeugführer.

Ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums sagte zu, daß möglichst bald mit den Ländern und dem Beirat für das Kraftfahrwesen, dem sowohl Vertreter der Kraftverkehrswirtschaft wie auch der Wegeunterhaltungspflichtigen angehören, die Frage der Höchstgewichte, der Bereifung usw. erneut erörtert und hierbei auch die Anträge der Provinzialvertreter zur Beratung gestellt werden sollen. Darauf wurde die Verordnung angenommen.

*

Der Reichsrat genehmigte weiter die von der Reichsregierung aufgestellte Berechnung für den Ersatz der Kosten der Reichspräsidentenwahl für die Gemeinden. Die Gemeinden erhalten vom Reich eine Rückvergütung von etwa vier Fünftel der ihnen entstandenen Wahlkosten.

Ende des Sklarek-Prozesses in Sicht.

Zunächst aber noch 50 Beweisanträge und 150 neue Zeugen.

Ende Mai oder Anfang Juni soll, wenn alles gut geht un-

Im Erpresserhaus.

Roman von Gertrud von Brockdorff.

2] (Nachdruck verboten.)

Der Boden ist unverschlossen. Es bereitet keinerlei Schwierigkeiten, auf die Treppe zu gelangen.

Wohin nun? — Wohin nun?

Wellenkamp sieht eine Glastür vor sich und drückt völlig mechanisch dreimal rasch hintereinander auf die Klingel. Eine Visitenkarte ist an der Glastür angebracht.

„Liane Deventer" steht da in zierlichen, schwarzen Buchstaben, die vor seinen Augen groß und rot werden und zu tanzen beginnen.

Das nächste, was Wellenkamp tut, tut er ohne Überlegung, irgendeinem dunklen Befehl seines Unterbewußtseins folgend.

Er entledigt sich seiner Schuhe und schleudert sie über das Treppengeländer.

In demselben Augenblick, in dem sie unten mit dumpfem Laut auf den Steinfußboden schlagen, wird die Glastür geöffnet. Wellenkamp sieht ein junges Mädchen im Schlafanzug, über den in großer Eile ein hellblauer Kimono geworfen worden ist. Es sind bunte, gestickte Schmetterlinge auf diesem Kimono; seltsamerweise sieht er diese Schmetterlinge in diesem Augenblick mit besonderer Deutlichkeit.

Unten hört man die Haustür gehen. Der Lärm vieler Stimmen ist im Flur.

„Bitte, lassen Sie mich eintreten!" flüstert Wellenkamp kraftlos. „Sie sind hinter mir her. — Sie wollen mich töten."

Das Mädchen ist bei seinem Anblick und unter dem Klang seiner Stimme zurückgewichen. Es gibt jedoch den Weg frei; hindert es nicht, daß er in die Wohnung schlüpft und die Tür hinter sich ins Schloß zieht.

Das Geräusch im Hause wird stärker.

„Sie werden mich suchen," murmelt Wellenkamp. „Sie werden mich auch hier suchen."

Das Mädchen sieht ihn an. Sie stehen sich in dem schmalen, schlecht beleuchteten Korridor gegenüber. Wellenkamp hat in tödlicher Erschöpfung die Augen geschlossen. Das Haar fällt ihm wirr in die Stirn, über die eine blutige Schramme läuft.

„Treten Sie hier ein!" sagt das Mädchen plötzlich und öffnet eine Tür.

Er schüttelt hastig den Kopf.

„Nicht ins Zimmer! Sie werden mich suchen. Sie dürfen mich nicht finden."

Der Lärm auf der Treppe wächst von Sekunde zu Sekunde.

„Verbergen Sie mich!" flüstert Wellenkamp. „Ich bin sehr müde. Ich kann nicht weiter."

Sie wirft einen Blick ins Zimmer, sieht sich ratlos im Korridor um. Plötzlich wendet sie sich hastig nach links, reißt einen Schlüssel vom Haken. „Sie müssen hier in den Schrank," sagt sie leise. „Ich muß Sie einschließen. Sie müssen ganz still sein und dürfen sich nicht rühren. Es kann ja nicht lange dauern."

Es ist ein großer, altmodischer Schrank, der im Hintergrund des Korridors steht. Wellenkamp stößt an ein krachendes Seidenkleid und atmet den Geruch eingemotteten Pelzwerks.

Der Schlüssel dreht sich im Schloß.

„Eine Falle," denkt Wellenkamp und lehnt sich ermattet gegen die Rückwand des Schrankes. „Vielleicht wird das Mädchen mich verraten. Sie hat graugrüne Augen wie eine Katze. Katzen sind falsch. Man wird übrigens sicher eine Belohnung für meine Auslieferung zahlen.

Er hört draußen eine Tür gehen. Etwas später klingelt es, auf eine gebieterische, einlaßbegehrende Weise.

Das Mädchen geht zur Tür und öffnet. Die Stimme eines Polizeibeamten.

„Es ist niemand hier gewesen," antwortet das Mädchen ruhig und mit einer leichten Verwunderung im Ton.

In Wellenkamps Ohren ist ein dröhnendes Rauschen. Er kann die folgenden Worte des Beamten nicht verstehen. Er hört nur wieder die Stimme des Mädchens.

„Ich kann Sie nur bitten, die Wohnung zu durchsuchen, meine Herren."

Auf einmal ist noch eine dritte Stimme da, eine sehr scharfe, helle und schneidige Stimme. „Wir verlieren nur Zeit," ruft die helle Stimme. „Er hat sich hier oben nicht aufgehalten. Er muß durch den Keller entkommen sein. Seine Stiefel lagen auf der obersten Stufe der Kellertreppe."

Schritte tappen durch den Korridor. Auch nebenan im Zimmer sind Schritte. Wellenkamp fühlt einen Pelzärmel auf seiner Wange; der schwere Duft nach Mottenäther, der dem Ärmel entströmt, betäubt ihn und legt sich gleichzeitig wie ein schnürendes Band um seine Kehle.

„Ich ersticke hier," denkt er und ballt die Hände zu harten Fäusten, um nicht zu schreien.

„Da ist noch der Schrank," sagt jemand dicht neben ihm.

„Es ist der Schrank meiner Wirtin," antwortete das Mädchen. „Ich habe den Schlüssel nicht. Vielleicht könnte ich ihn suchen."

„Nicht nötig. Es genügt. Danke bestens." Die Stimme entfernt sich wieder. Eine Tür wird geschlossen.

Liane Deventer legt sorgfältig die Sicherheitskette vor das Schloß. Sie wartet noch, bis sie die Schritte der Besucher auf der unteren Treppe verklingen hört.

Dann öffnet sie den Schrank.

„Sie sind fort. Sie können herauskommen."

Er versteht ihre Worte nicht gleich. Das dröhnende Rauschen ist noch in seinen Ohren. Er sieht nur den schwachen Lichtschein, der von irgendwoher auf ihn eindringt, und fühlt, wie das schnürende Band um seine Kehle sich lockert.

„Sie können herauskommen!" wiederholt das Mädchen und tastet mit einer Bewegung der Unruhe und Ungeduld nach seiner Hand.

Die Berührung erweckt ihn plötzlich. Er befreit sich von dem Pelzmantel, steigt taumelnd und schwer atmend wieder in die Welt.

Liane Deventer schließt sorgfältig den Schrank, hängt den Schlüssel an das kleine Brett zurück.

„Kommen Sie jetzt in mein Zimmer. Sie werden Ruhe brauchen."

Wellenkamp sieht zwei Fenster mit altmodischen Gardinen, vor denen breite Sonnenstreifen tanzen. Auch Blumen sind da, blühende Kakteen mit lang herabhängenden, karminfarbenen Blüten.

Es kostet Mühe, das alles zu erkennen. Des Flüchtlings Kopf dröhnt und schmerzt noch immer. Das ganze Zimmer scheint zu schaukeln wie ein Floß im Ozean. Plötzlich aber taucht von irgendwoher ein Diwan auf — ein schmaler Diwan mit vielen gestickten Kissen.

Neben ihm sagt jemand:

„Legen Sie sich doch nieder! Sie werden müde sein. Sie sind hier vorläufig ganz sicher."

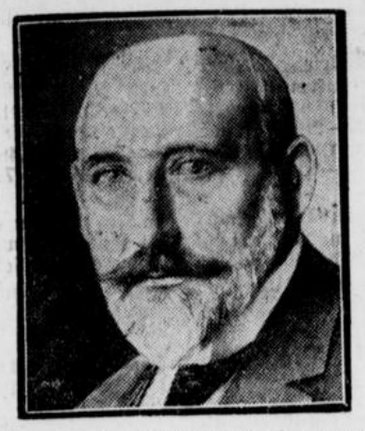
Wellenkamp erfaßt die Bedeutung der letzten Worte schon nicht mehr recht.

(Fortsetzung fo

Der neue Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung.

Dr.-Ing. e. h. Karl Köttgen.

Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vollzog die Wahl des neuen Vorsitzenden. Als Nachfolger des zum Ehrenmit-



glied und Ehrenvorsitzenden ernannten Herrn von Borsig wurde Dr.-Ing. e. h. Karl Köttgen gewählt. Dr. Köttgen wurde 1871 in Barmen geboren. Nach vollendetem Studium an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg kam er 1894 zu Siemens u. Halske A.-G., wo er bald leitende Stellungen einnahm. Während des Krieges wurde er in England interniert. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er 1919 Leiter der gesamten Siemens-Schuckertwerke. An diesem Posten war er in steigendem Umfange für die Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Ingenieurberufes tätig.

---

nicht noch neue Schwierigkeiten entstehen, im Sklarek-Prozeß das Urteil gesprochen werden. Da die Verhandlung Mitte Oktober vorigen Jahres begann, stellt sie die längste dar, die seit Jahren die Gerichte beschäftigt hat. Von der Verteidigung der zwölf Angeklagten sind im Verlauf des Prozesses 50 Beweisanträge gestellt worden, in denen 150 neue Zeugen benannt werden. Über diese Anträge hat das Gericht noch zu entscheiden.

Gerichtssaaldecke stürzt ein.

Bisher fünf Tote.

Ein schweres Einsturzunglück ereignete sich während einer Gerichtsverhandlung im Justizgebäude von Ajaccio auf der Insel Korsika. Im Großen Sitzungssaale, in dem etwa 50 Personen versammelt waren, stürzte plötzlich die Decke ein und begrub alle Anwesenden unter den Trümmern. Feuerwehr und Militär konnten bisher fünf Leichen bergen. Eine ganze Reihe Schwerverletzter mußte ins Krankenhaus übergeführt werden.

Senatorenwahl in Hameln.

Dr. Harm-Hamburg gewählt.

Die Wahl des zweiten besoldeten Magistratsmitgliedes für die Stadt Hameln wurde jetzt von den Bürgervorstehern vorgenommen, und diese wählten mit 11 Stimmen (Sozialdemokraten, ein Beamtenvertreter und ein Staatsparteiler) gegen 10 Stimmen den der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Gerichtsassessor Dr. Harm, der zurzeit Dozent an der Polizeischule in Hamburg ist. Die nationalsozialistischen Bürgervorsteher wollen die Wahl aus formellen Gründen anfechten.

Geisteskranker unter dem Güterzug.

Selbstmord auf dem Eisenbahndamm.

Zwischen dem Krankenhaus Barmbeck und dem Bahnhof Alte Wöhr bei Hamburg spielte sich eine Tragödie ab. Ein Patient des Krankenhauses, der von einem inneren Leiden befallen war, wurde vom Verfolgungswahn ergriffen und entwich in einem unbewachten Augenblick in seiner Anstaltskleidung. Er lief barfuß durch die Straßen, verfolgt von einer Menschenmenge, die ihn anzuhalten versuchte, um ihn wieder ins Krankenhaus zu bringen. Der Geistesgestörte lief, ohne daß man seiner habhaft werden konnte, dem etwa einen Kilometer vom Barmbecker Krankenhaus entfernt liegenden Schienenstrang Alte Wöhr zu, und im selben Augenblick, wo er die Böschung erreichte, fuhr ein Güterzug vorbei. Die Menschenmenge wurde nun Zeuge einer grausigen Szene.

Gerade, als der zweite Wagen des Zuges vorbeirollte, legt der Irre seinen Kopf auf die Schienen, zog ihn jedoch schnell wieder zurück und wollte anscheinend die Böschung hinunterlaufen. Plötzlich drehte er sich abermals um, sprang auf den Zug zu und warf sich nochmals vor die Räder eines Wagens, die ihm diesmal den Kopf glatt vom Rumpfe trennten. Die Leiche wurde ins Krankenhaus geschafft.

Jugendliche Auto- und Motorraddiebe.

Sie hatten keine Fahrkenntnisse.

Die Kriminalpolizei in Harburg-Wilhelmsburg nahm vier jugendliche Burschen im Alter von 16 bis 17 Jahren fest, die in den letzten Wochen zahlreiche Automobile und Motorräder in den verkehrsreichsten Straßen gestohlen hatten. Sie schwangen sich auf jedes Fahrzeug, das sie unbeaufsichtigt fanden, und fuhren damit in die Umgegend, besonders in die Heide. Wenn der Benzintank leer war, ließe sie Wagen oder Motorrad stehen. Bisher konnte ihnen nicht nachgewiesen werden, daß sie Kraftfahrzeuge verkauft oder Gegenstände daraus gestohlen haben. Es handelt sich also mehr um Dummejungenstreiche als um Diebstähle. Keiner war im Besitze eines Führerscheins. Auch hatten sie nur wenig oder gar keine Fahrkenntnisse. Es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß sie bei ihren Fahrten kein Unglück verursachten. Bisher sind den Tätern 15 Fälle nachgewiesen worden, in denen sie Kraftfahrzeuge auf diese Art entwendet und irgendwo in der Heide stehen lassen haben.

Kuprjan schreibt nach „provinzia Onofer".

Rührender Brief eines ehemaligen Kriegsgefangenen.

Vier Jahre hat Kuprjan während des Krieges als russischer Kriegsgefangener auf dem Hofe des Amtmannes Schulz in Schreyahn (Hannover) gearbeitet und war dann im Jahre 1919 in seine ukrainische Heimat zurückgekehrt. Aber der Krieg hatte veränderte Verhältnisse geschaffen und Kuprjan muß, wie aus einem Brief, den er an seinen früheren Brotherrn schrieb, zu entnehmen ist, in seiner Heimat bittere Not leiden.

Der Brief trägt folgende Anschrift: Karl Aman Schulc, provinzia Onofer, Kreise Lischof (Lüchow), Post Ustrof, dorf Schraian. Kuprjan schreibt wörtlich: „Zu dem lieben und hochgeerten Hern Aman Karlow Schulc! Filecht gedenken sie dem gefangenen Kuprjan strelec welcher hatte ba inen gearbeitet in der jare 1916, 1917,-19,18, 1919. Jetzt kome ich inen schrejben, das ich lebe seer schlecht, das ich ferdinne garnicht, und meine familie lebt in groser not. Schiken sie mir zu a bissel marken deutsche — wisiel sie konnen. Der eiliger gott wet auch dofür belonen. Ich hoba vier kinder und eine weib — Alle hungern. Ich grüsse und küsse die hend for eur frau Anno und das freulejn anny. Mit achtung Kuprjan strelec."

Amtmann Schulz wird dieses rührende Zeichen von Anhänglichkeit nicht unbeachtet lassen und dem armen Teufel in der Ukraine helfen, so gut es ihm möglich ist.

Vatertag?

Der Gedanke, künftig auch als Seitenstück zu dem bereits in Aufnahme gekommenen Muttertag einen Vatertag zu veranstalten, hat eine sehr verschiedene Aufnahme gefunden. Viele loben ihn, weil sie ihn für ein gutes Mittel halten, um den häuslichen Zusammenhalt zu stärken, der in einer Zeit, in der ein großer Teil der Familienmitglieder frühzeitig durch den Beruf dem Heim entfremdet wird, in der Tat manche Stütze gebrauchen könnte. Andere befürchten, es werde dabei nicht viel mehr herauskommen als eine flüchtige und oberflächliche Veranstaltung mehr von der Art, wie sie durch die mannigfachen Anlässe der Geselligkeit ohnehin veranstaltet werden. Es fragt sich aber, ob uns im heutigen Familienleben nicht doch ein Tag fehlt, dessen Veranstaltung sehr nützlich sein könnte.

Gerade in der großen Stadt geht der Zusammenhang der Sippen leicht verloren. Eine Mehrzahl der Bewohner ist in der Stadt ursprünglich überhaupt nicht zu Hause, sondern die ganze nähere Verwandtschaft wohnt auswärts, auf dem Lande, in anderen Städten. Die Jugend wächst auf ohne engere Verbindung mit den Großeltern, den Onkeln, den Tanten, den Vettern und Basen, die man manchmal nur flüchtig dem Namen nach kennt, weil gelegentlich eine Anzeige ins Haus flattert, aus der man erfährt, daß bei Onkel Fritz ein Töchterchen angekommen ist, oder daß Vetter Hans sich verlobt hat. Höchstens mit Hilfe der Bilder im Photographiealbum verbindet man eine Vorstellung mit den Namen derer, die doch desselben Blutes sind.

Und auch diese Bande zerreißen, wenn sie über eine gewisse Zeit hinausgehen. Vor einem Menschenalter hat einmal Rosegger in seinem „Heimgarten" eine Umfrage veranstaltet, wie viele Leute denn wissen, wer ihr Urgroßvater und ihre Urgroßmutter waren. Da ergab sich, daß ein Geistlicher bei regelmäßiger Nachfrage in zwanzig Jahren nicht mehr als ein Dutzend Leute angetroffen hat, die Antwort geben konnten. Auch damit steht es auf dem Lande, wo die Geschlechter Jahrhunderte ununterbrochen am selben Ort wohnen, besser, weil hier die Überlieferung, die alten Grabsteine auf den Friedhöfen und die Kirchenbücher Auskunft geben. In der Stadt aber begegnet man gar nicht selten Menschen, bei denen die Erinnerung schon brüchig wird, wenn sie über ihre Großeltern berichten sollen.

Und doch haben wir von diesen Vorfahren nicht nur Gestalt und Lebensauffassung, sondern auch unsere Begabung und unsere Mängel geerbt, und wir würden uns im Leben oft selbst einen Gefallen tun, wenn wir uns in diesem Spiegel betrachten und unser Verhalten darnach einrichten würden. Dazu müßten wir uns einmal im Jahre zu verhelfen die Zeit finden, und diesem Zwecke könnte der Vatertag dienen, wenn wir uns da ein paar Feierstunden nehmen, um in gemeinsamer Aussprache mit den Älteren das Gedächtnis an das zu erneuern, was wir von unseren Vorfahren und Angehörigen wissen. In diesem Bestreben könnte der Vatertag einen Zweck für unsere schnellebige und schnellvergeßliche Zeit gewinnen. Im übrigen kommt es nicht darauf an, welchen Tag wir dazu verwenden, auch nicht, welchen Namen wir dafür wählen, sondern nur, welchen Sinn wir ihm geben und daß wir es uns ernsthaft vornehmen. Es braucht vielleicht nicht ein allgemeiner Tag für alle zu sein, sondern man könnte, das wäre ein Vorschlag, der sich hören ließe, überall Vaters Geburtstag in dieser Weise feiern.

Vermischtes

○ **Ein Bankier wegen Vergehens gegen das Devisengesetz verhaftet.** Der Bankier Herbert Frank von der Frankfurter Bankfirma B. Michael Frank ist wegen Vergehen gegen das Devisengesetz verhaftet worden. Es handelt sich um Devisenschiebungen großen Umfanges. Frank soll J.-G.-Farben- und andere inländische Aktien und Wertpapiere, die im Auslande waren, nach dem Inlande geschafft, hier verkauft und den Erlös wieder in das Ausland gebracht haben.

○ **Großfeuer im Schlachthof Halle.** Durch ein Großfeuer wurde auf dem städtischen Schlachthof in Halle großer Schaden angerichtet. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unachtsamkeit von Handwerkern, die im Kühlhause mit Teerkesseln arbeiteten, hervorgerufen worden. Ein Handwerker erlitt schwere Brandwunden.

○ **Aus dem brennenden Flugzeug gesprungen.** Bei Rottendorf stürzte ein Flugzeug der Würzburger Fliegerschule infolge Vergaserbrandes aus 1000 Metern Höhe brennend ab. Der Pilot, ein Kunstflugschüler, sprang mit dem Fallschirm ab. Er trug bei der Landung geringe Hautabschürfungen im Gesicht davon.

○ **Drei Brüder gehen in den Tod.** In Bergedorf bei Hamburg verübten drei Brüder im Alter von zwanzig bis achtundzwanzig Jahren Selbstmord durch Erhängen und Einnahme von Gift — aus wirtschaftlichen Gründen. Zwei von ihnen waren seit längerer Zeit arbeitslos, der dritte, der in Stellung war, wollte das traurige Ende seiner Brüder nicht überleben.

⊙ **Kardinal Piffl gestorben.** Der österreichische Kardinal Fürsterzbischof Dr. Piffl, der einen Schlaganfall erlitten hatte, ist nach langem Todeskampfe verschieden.

⊙ **Selbstmord eines Fürsten.** Auf Schloß Grünberg bei Nepomuk in Südböhmen erschoß sich der junge Fürst Karl Auersperg, der Beamter der Länderbank in Pilsen war. Wie es heißt, beging er den Selbstmord wegen finanzieller Schwierigkeiten. Die Familie Auersperg mußte kürzlich Schloß Grünberg an eine Prager Kaufmannsfamilie verkaufen.

⊙ **„Graf Zeppelin" wieder in Brasilien.** Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist „fahrplanmäßig" in Pernambuco eingetroffen. Der „Zepp" hat für die ganze Reise von Friedrichshafen nach Brasilien nur 43¾ Stunden gebraucht.

⊙ **Höchstleistung französischer Kapstadt-Flieger.** Die französischen Flieger Goulette und Talel sind von Paris gehens gegen das Devisengesetz verhaftet worden. Es lange Strecke in drei Tagen 18½ Stunden zurückgelegt. Sie haben damit den von dem englischen Flieger Molisson für die Strecke London—Kapstadt aufgestellten Rekord geschlagen. Molisson brauchte für diese Strecke vier Tage 17 Stunden.

⊙ **Siebzehn mexikanische Banditen hingerichtet.** Siebzehn merikanische Banditen, die geständig waren, einen Angriff auf die Stadt Paso del Macho verübt zu haben, wurden standrechtlich erschossen. Weiteren fünfzehn steht das gleiche Los bevor, wenn sie ihrer Schuld überführt werden sollten.

Kleine telegraphische Meldungen

Der 125-Millionen-Kredit für Deutschland verlängert.

Berlin. Der Verlängerung des 125 Millionen Dollar betragenden Überbrückungskredits für das Deutsche Reich ist durch ein internationales Bankenkonsortium unter Führung von Lee Higginson u. Co. unterzeichnet worden. Eine amtliche Mitteilung darüber und Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Berlin. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat erneut einen Runderlaß an sämtliche Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet, in dem sie nochmals aufgefordert werden, der Bekämpfung der Schwarzarbeit ständig ihr Augenmerk zuzuwenden.

Die südtirolischen Skiläufer freigesprochen.

Meran. Die 42 südtirolischen Wintersportler, die wegen staatsfeindlichen Verhaltens unter Anklage gestellt worden waren, sind in der in Meran durchgeführten Verhandlung freigesprochen worden. Wie erinnerlich, hatten die Angeklagten die Absicht, auf den Höhen oberhalb Merans ein privates Skirennen durchzuführen. Die Anklage gründete sich auf die italienischen Gesetze, die alle Sportveranstaltungen als Monopol der Faschistischen Partei erklären und Zuwiderhandlungen zu staatsfeindlichen Handlungen stempeln.

Der Völkerbundausschuß nach der Mandschurei abgereist.

Moskau. Der Untersuchungsausschuß des Völkerbundes ist nach der Mandschurei abgereist. Die Regierung Puyi soll über das Verhalten des Völkerbundausschusses sehr erregt sein, da dieser es nicht für nötig befunden habe, die Regierung über seine bevorstehende Reise zu benachrichtigen. Unter diesen Umständen dürfte ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der Mandschurei kaum möglich sein. Auch die Japaner sind über den Ausschuß etwas mißgestimmt.

Das Schicksal der griechischen Währung.

Athen. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Venizelos und im Beisein führender Finanzleute fand hier eine Konferenz statt, in der über Währungs- und Finanzfragen verhandelt wurde. In unterrichteten Kreisen wird die Aufgabe der Goldbasis für den Drachme als höchstwahrscheinlich bezeichnet.

22 mexikanische Banditen hingerichtet.

Mexiko. In Hustusco sind der Bandenführer Leyva und 21 Banditen, die am 16. März die Stadt Paso del Macho überfallen hatten und nach scharfem Kampf mit Regierungstruppen gefangengenommen worden waren, standrechtlich erschossen worden.

Sammeln Sie die Gutscheine von:

SUNLICHT SEIFE
Doppelstück 27 Pf. Würfel ..... 23 Pf.

VIM Die Putzfrau in der Dose
Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.

LUX SEIFENFLOCKEN
Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.

SUMA Das moderne Waschmittel
Originalpaket ..... 36 Pf.

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.

010-SK15-19



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BERLIN



Die Bergrutschkatastrophe bei Cochem.

Der schon seit Monaten erwartete Bergrutsch bei Cochem an der Mosel ist nun eingetreten: 15- bis 20 000 Kubikmeter Erd- und Felsmassen des sinkenden Berges stürzten in die Tiefe auf die Provinziallandstraße und in die Mosel. Unsere Aufnahme vom Schauplatz der Katastrophe zeigt die vollkommen verschüttete Uferstraße.

Turnen, Sport und Spiel

Deutscher Schwimmverband.

Im 1. P. S. V. 1911 und „Neptun" gelangten zwei weitere Wettkämpfe des Pokalwettbewerbs zum Austrag. Erbitterte Kämpfe sah das Seitenschwimmen über 4 Bahnen. Für Unterbietung der 60 Sek.-Grenze sieht die Wertung die Höchstzahl von 10 Punkten vor, die von fünf Teilnehmern erreicht wurde. Die erzielten Zeiten sind folgende: Karl Wippermann 55,9; Siegmund 56,7; Lasch 56,7; Ostermann 58,8 und Ferdi Walecki 59,8. Der Wettungswettkampf, wie auch überhaupt die ganze Zusammenstellung des Wettkampfes stellt an die Vielseitigkeit der Teilnehmer große Anforderungen. Volle Punktzahl erhielten: Notemann, Siegmund, Karl Wippermann, Ferdi Walecki, Lusch, Wameling, Rolloff und Ostermann. Es wird nunmehr auch der augenblickliche Stand des Kampfes interessieren. In der Gesamtwertung führt Siegmund mit 47,5 P. vor Karl Wippermann 43,7 P., Ostermann 43,5 P., Ferdi Walecki 40,5 P. und Lusch 32,6 P. Um die ersten Plätze besteht eine scharfe Rivalität, es ist jedoch möglich, daß einige noch weiter zurückliegende Teilnehmer zur Spitze aufrücken werden, sodaß das Ende sehr interessant zu werden verspricht.

Deutsche Turnerschaft.

Handball.

1. M. T.-V. Germania — 1. M. T.-V. Haustenek 2:5.

Ersatzgeschwächt und nur mit 10 Mann spielend, mußte sich der T.-V. Germania von der spielstarken Mannschaft aus dem Lippegau mit obigem Resultat geschlagen bekennen. An Technik und Taktik waren die Germanen ihrem Gegner überlegen.

1. M. Ballspielverein Lippspringe — 2. M. T.-V. Germania 2:3.

Die 2. Garnitur der Germanen konnte deren Siegeszug fortsetzen, brachten sie es doch fertig, mit 9 Mann spielend, den Sieg in die Paedrstadt zu führen.

Sp. **Reichspräsident von Hindenburg** hat für das am 14. August stattfindende internationale Rennen um den ADAC.-Bergrekord und um den Großen Bergpreis von Deutschland für Krafträder und Kraftwagen in Freiburg auch in diesem Jahre wieder einen Ehrenpreis zur Verfügung gestellt.

Sp. **Das wenig aktive Verhalten Sawalls** in den letzten Berliner Radrennen hat die Olympiabahn veranlaßt, den Weltmeister vorläufig nicht mehr zu verpflichten. Erst wenn die Gewähr gegeben sei, daß Sawall durch eine fesselndere Kampfesweise die Dauerrennen auch von sich aus lebendiger gestalte, würde die Olympiabahn bereit sein, den Weltmeister wieder zu ihren Veranstaltungen heranzuziehen.

Strenge Haftung der Fußballklubs.

Wenn Nichtmitglieder den Spielplatz benutzen.

Ein für Fußballvereine bedeutsames Reichsgerichtsurteil ist jetzt gefällt worden. Auf dem Spielplatz der Magdeburger Fortuna hatten Nichtmitglieder einen Ball über die Umfriedung getreten. Eine Fensterscheibe wurde zertrümmert und eine Frau erlitt erhebliche Verletzungen, wobei sie ein Auge verlor. Die Magdeburger Fortuna ist für die Folgen des Unfalls haftbar erklärt worden, sie sei verantwortlich für die unzweckmäßige Umfriedung des Platzes und habe nicht dafür gesorgt, daß eine mißbräuchliche Benutzung des Platzes ausgeschlossen sei. Unter solchen Umständen sei die Haftung auch dann gegeben, wenn ohne Wissen und Genehmigung des Platzbesitzers Nichtmitglieder einen Unfall herbeiführten.



Der Faltboot-Ozeanfahrer Engler verschollen.

Kapitän Engler, der Mitte Oktober vorigen Jahres von Lissabon aus mit einem Faltboot zu einer Ozeanüberquerung gestartet war, scheint ein Opfer des Meeres geworden zu sein. Seit einer Dampferbegegnung in der Nähe der Kanarischen Inseln am 20. November hat man von dem tollkühnen Ozeanfahrer nichts mehr gehört, so daß man annehmen muß, daß er den Tod in den Wellen gefunden hat.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. April.

* **Börsenbericht.** Infolge der Zurückhaltung des Publikums blieb der Rahmen des Börsengeschäftes weiter sehr klein. Die Spekulation schritt vereinzelt wieder zu Deckungen und Rückkäufen. Die Kurse waren anfangs, hauptsächlich für Spezialitäten, etwa 1—2 Prozent höher. Tagesgeld erforderte unverändert 5½ Prozent. Im Verlaufe konnte sich die Tendenz weiter befestigen.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,86 bis 15,90; holl. Gulden 170,68—171,02; Danz. 82,67—82,83; franz. Franc 16,60—16,64; schweiz. 81,77—81,93; Belg. 58,97—59,09; Italien 21,62—21,66; schwed. Krone 78,67—78,23; dän. 86,81 bis 86,99; norweg. 77,22—77,38; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 51,45—51,55; Argentinien 1,043—1,047; Spanien 33,07 bis 33,13.

* **Produktenbörse.** Nach schwachem Beginn erwies sich das Angebot als knapp. Bei mäßiger Nachfrage waren die Preise im Verlauf widerstandsfähiger, einzeln sogar fester.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	21. 4.	20. 4.		21. 4.	20. 4.
Weiz., märk.	261-263	260-262	Weizkl. f.Bln.	11,6-11,8	11,6-11,8
pommersch.	—	—	Roggkl. f.Bln.	10,2-10,5	10,4-10,7
Rogg., märk.	198-200	198-200	Leinsaat	—	—
Braugerste	190-195	190-195	Raps	—	—
Sommergst.	—	—	Erbsen, Vikt.	18,0-24,0	18,0-24,0
Futtergerste	180-190	180-190	kl. Speiseerbs.	21,0-24,0	21,0-24,0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	15,0-17,0	15,0-17,0
Hafer, märk.	160-165	159-164	Peluschken	16,5-18,5	16,5-18,5
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	15,0-17,0	15,0-17,0
westpreuß.	—	—	Wicken	16,0-18,5	16,0-18,5
Weizenmehl			Lupine, blaue	10,0-11,7	10,0-11,7
per 100 kg			Lupine, gelbe	14,0-15,5	14,0-15,5
fr Berl br			Seradella	30,0-36,0	30,0-36,0
inkl. Sack	31,7-35,5	31,7-35,5	Leinkuchen	11,0	11,0
Roggenmehl			Erdnußkuchen	12,4	12,4
per 100 kg			Trockenschtzl.	9,4	9,6
fr Berl br.			Soyaschrot	12,3-12,7	12,3-12,7
inkl. Sack	26,2-27,7	26,2-27,7	Torfml. 30/70	—	—

* **Preisnotierungen für Eier.** (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission.) 1. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfr., gest., über 65 Gramm 6,75, über 60 Gramm 6, über 53 Gramm 5,50, über 48 Gramm 5, frische Eier über 53 Gramm 5,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50. 2. Auslandseier: Dänen 18er 6,50, 17er 6, 15½—16er 5,25—5,50, leichte 4,50—5, Holländer 68 Gramm 6,75, 60—62 Gramm 6, 57—58 Gramm 5,50, Bulgaren 5, Rumänen 4,50—4,75, kleine, Mittel-, Schmutzeier 4—4,25.

* **Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung** je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weiße Kartoffeln 1,60—1,70, rote Kartoffeln 1,70—1,90, Odenwälder blaue 2,20—2,40, andere gelbfleischige (außer Nieren) 2,40—2,60 Mark. Fabrikkartoffeln 8,50—9 Pf. pro Stärkeprozent.

Rundfunk-Programm

Samstag, 23. April.

Westdeutscher Rundfunk.

11.10: Rhythmische Gymnastik für Schüler. 16.20: Frauenstunde: Dr. Maria Müller: Froebel und die FFrauen; 16.40: Englisch. 18.15: Dr. Wichterich: Die Schweiz in der handelspolitischen Notwehr. 18.40: Reg.-Rat Dr. Nießen: Reichsverfassung und Landwirtschaft. 19.10: Fünf Minuten Bezirksfunkhilfe. 19.15: Wanderungen in Rheinland und Westfalen: L. Pauper: Im Nurtal der Eifel. 19.35: Prof. Dr. Reichenbach: Das physikalische Weltbild der Gegenwart. 20.00: Lustiger Abend. Kapelle Eysoldt. Anschl. Nachtmusik. 24.00: Meister des Jazz.

Samstag, 23. April.

Deutschlandsender.

9.30: Stunde der Unterhaltung. 12.05: Schulfunk: Chöre von Meistern des 15. und 16. Jahrhunderts. 14.50: Kinderbastelstunde: Unsere Puppenkleider. 15.45: Else Steup: Frauen helfen sich untereinander. 16.00: Kapellmeister Schröter: Die Entwicklung des Grammophons und der Schallplatte. 16.30: Berlin: Nachmittagskonzert. 17.30: Dr. Kunert: Unser Brot, der wichtigste Faktor zu zweckmäßiger Ernährung. 17.50: Obering. Nairz: Viertelstunde Funktechnik. 18.05: Dr. Günther: Deutsch für Deutsche. 18.30: Professor Schmiedel: Die geistige Situation der Zeit. 19.00: Englisch für Anfänger. 19.30: Stud.-Rat Lic. Waldenmaier: Kann man Gott beweisen? Anschl. Wetter für die Landwirtschaft. 20.00: Breslau: Lustiger Abend. — Als Einlage: Das Hochzeitsgeschenk. Sketsch von W. Hoffmann-Harnisch. 21.30: Tages- und Sportnachrichten. 23.00: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Anschl. Tanzmusik der Kapelle Sam Baskini.

Das Programm des Deutschen Sängerbundesfestes.

Beibehaltung der Festtage 21. bis 24. Juli.

Der Sängertag in Mainz hat dem Festausschuß gegenüber den Wunsch ausgesprochen, nochmals die Frage einer Verkürzung des Festes von vier auf drei Tage in Erwägung zu ziehen. Der Festausschuß hat sich bereits im November v. J. eingehend mit dieser Frage beschäftigt, konnte aber seinerzeit diesem Vorschlag nicht beitreten, nachdem auch andere maßgebende Führer im DSB. sich zu gegenteiliger Ansicht bekannten und die Undurchführbarkeit der damals vorgesehenen Veranstaltungen einsahen; mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß weder den Sängern noch den Zuhörern gedient ist, wenn die Konzerte in einer zu dichten Folge abgewickelt werden. Es ist gewiß nicht leicht, ein Programm dieses Ausmaßes bald auf vier Tage, bald auf drei Tage umzustellen, denn außer den Hauptaufführungen ist ja auch auf die anderen Veranstaltungen, insbesondere auf die Sonderkonzerte und die vorangehenden Proben Rücksicht zu nehmen. Mittlerweile sind aber hier Veränderungen eingetreten, die — teilweise erst in Mainz und anschließend in Frankfurt besprochen — die Möglichkeit einer Umgruppierung ergeben.

Bei aller Beachtung der rein künstlerischen Momente dürfen jedoch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden. Wenn der Festausschuß die Mittel zur Erfüllung der künstlerischen Aufgaben herbeischaffen soll, dann muß ihm auch die Möglichkeit gegeben werden, alle Einnahmequellen restlos zu erfassen, insbesondere den Wirtschaftsbetrieb günstig auszubauen, was begreiflicherweise in drei Tagen nicht vom gleichen Vorteil sein kann wie in vier Tagen. Eine Zusammenballung des Festes auf drei Tage bringt beispielsweise auch in der Quartierbeschaffung Nachteile mit sich, da die Einnahmen für Massenquartiere für eine Übernachtung ausfallen, während die Ausgaben die gleichen bleiben. Im ersten Augenblick sehen sich alle Änderungen sehr einfach an, wirken sich aber mitunter finanziell ganz bedeutend aus. Der Festausschuß muß sich aber stets in den Grenzen des aufgestellten Etats bewegen und darf und kann sich durch keinerlei Beschlüsse in die Enge treiben lassen, wenn erhebliche finanzielle Ausfälle damit verbunden sind. Verständlicherweise ist ja nach dem Mainzer Sängertag damit zu rechnen, daß nunmehr noch viele Sänger nach Frankfurt kommen und das finanzielle Ergebnis verbessern; allein auch bei Berücksichtigung dieser Hoffnung müssen doch alle Sonderwünsche dem Rotstift anheimfallen, wenn sie nicht mit dem Etat in Einklang zu bringen sind. Aus dieser Erwägung heraus mußte auch bereits vor der jetzigen Entscheidung davon abgesehen werden, die 9. Sinfonie von Beethoven und die Schöpfung von Haydn aufzuführen.

Der Festausschuß hat mit den Unterausschüssen inzwischen alle Punkte noch einmal eingehend durchgesprochen. Wenn er sich, dem Wunsche des Sängertages Rechnung tragend, abermals umstellt, und das Fest, äußerlich gesehen, bei vier Tagen beläßt, die großen Veranstaltungen aber so legt, daß sie in die Zeit vom Freitag bis Sonntag fallen, so tut er es, um der deutschen Sängerschaft den Beweis zu erbringen, daß er keine Arbeit scheut, wenn er der Allgemeinheit damit dienen kann. Er glaubt, durch die Umgruppierung und Ersparung des einen Tages den meisten Sängern eine weitere Verdienstmöglichkeit zu schaffen, um ihnen den Besuch des Festes zu erleichtern; er gibt sich aber andererseits der ganz bestimmten Erwartung hin, daß die Sängerführer sich für einen weit besseren Besuch des Festes einsetzen, damit die mit der Umgruppierung verknüpften Ausfälle durch den Eingang an weiteren Festbeiträgen ausgeglichen werden.

Die Zeiteinteilung ist nunmehr endgültig folgende:

Donnerstag, den 21. Juli 1932: 12.00 Uhr: Übergabe des Bundesbanners im Römer; 20.00 Uhr: Konzert im Saalbau (Oratorium von Otto Jochum); 22.00 Uhr: Begrüßungsabend in einer großen Wirtschaftshalle auf dem Festplatz.

Freitag, den 22. Juli 1932: 11.00 Uhr: Kundgebung in der Paulskirche; 16.00 Uhr: Volksdeutsche Weihestunde, Feier für alle Auslandsdeutschen in der Festhalle; 17.30 Uhr: Konzert in der Festhalle; Uraufführung der Kantate: „Von deutscher Not" von Nellius; 20.30 Uhr: Begrüßungskonzert des Sängerbundes Nassau in der Festhalle; 20.30 Uhr: Sonderkonzerte erste Serie in verschiedenen Sälen.

Samstag, den 23. Juli 1932: 8.00—10.00 Uhr: Probe zur ersten Hauptaufführung in der Festhalle; 11.00—12.00 Uhr: Erste Hauptaufführung in der Festhalle; 13.00—14.30 Uhr: Probe zur zweiten Hauptaufführung in der Festhalle; 15.30—16.30 Uhr: Zweite Hauptaufführung in der Festhalle; 15.30 Uhr: Sonderkonzerte zweite Serie in verschiedenen Sälen; 18.00 Uhr: Stadionfeier; 20.30 Uhr: Sonderkonzert des Berliner Lehrergesangervereins usw. in der Festhalle; 20.30 Uhr: Sonderkonzerte dritte Serie in verschiedenen Sälen, Kommerse.

Sonntag, den 24. Juli 1932: 8.00—10.00 Uhr: Probe zur dritten Hauptaufführung in der Festhalle; 11.00—12.30 Uhr: Dritte Hauptaufführung in der Festhalle; 11.00 Uhr: evtl. Kirchenkonzerte; 14.00 Uhr: Festzug (die Sängergruppen der dritten Hauptaufführung bilden den Schluß des Festzuges).

Wenn trotz aller Not der Zeit einige zehntausend Teilnehmer bereits den festen Entschluß gefaßt haben, nach Frankfurt am Main zu kommen, und der DSB. in Mainz den einhelligen Willen zum Ausdruck gebracht hat, das Fest stattfinden zu lassen, dann geschah das nicht in leichtsinniger Verkennung der allgemeinen Wirtschaftslage, sondern um darzutun, daß die in unserem deutschen Volke noch lebenden Kulturgüter unbedingt erhalten werden müssen. Jeder ernst strebende Sänger, dem das Wohl und Wehe seines DSB. am Herzen liegt, muß jetzt, von eiserner Pflichterfüllung beseelt, nicht nur von nun an alle Proben regelmäßig besuchen, um auf dem Feste gesanglich das beste zu geben, sondern muß auch den eisernen Willen aufbringen, Sangesfreunde, die noch wankelmütig sind, aufzumuntern und zum Besuche des Festes zu begeistern. Die Bünde, denen inzwischen ein namentliches Verzeichnis der gemeldeten Vereine mit Teilnehmerzahl zugegangen ist, müssen mit den Gauen und Vereinen nun darauf hinwirken, daß die noch fehlenden verbindlichen Anmeldungen unverzüglich eingesandt werden, damit sie in der kurzen, bis zum Fest verbleibenden Zeit auch bearbeitet werden können.

Franz Seelmann.